

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 26.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 23. bis 30. Juni 1911.

Posen, den 4. Juli 1911.

Bericht**über den Verlauf der in Siedlec, Kreis Gostyn, am 18. Juni d. Js. abgehaltenen öffentlichen polnischen Versammlung.**

Posen, den 19. Juni 1911.

Zu der von dem polnischen Wahlkomitee für den Kreis Gostyn einberufenen Versammlung waren annähernd 400 Personen, darunter zahlreiche Frauen, erschienen. Da es sich um eine politische Versammlung handelte, mußten die Personen im Alter unter 18 Jahren den Versammlungsraum verlassen. Anwesend waren u. a. der Propst Koczwaro aus Skoraszewice, Vikar Guzikowski-Pempowo, Rittergutsbesitzer von Zoltowski-Godurowo und Kaufmann Wodziejowski aus Gostyn. Ferner wurden bemerkt die Gemeindevorsteher aus Smolitz-Matilla, Rajewy-Cita, Waszynski-Siedlec, Kowaczynski-Magdalenowo und der Gemeindevorsteher aus Gembitz. Auch der Briefträger Poprawa aus Pempowo soll nach Mitteilung des deutschen Gastwirts in Siedlec an der Versammlung teilgenommen haben. Rittergutsbesitzer v. Zoltowski eröffnete diese nachmittags 5 Uhr, indem er seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen seiner Landsleute aus der Umgegend Ausdruck verlieh, woraus zu ersehen sei, daß sie wohl wüßten, welche politische Verpflichtungen sie beäßen.

v. Zoltowski übernahm hierauf auf Wunsch der Versammelten den Vorsitz in der Versammlung und ernannte zum Schriftführer den Vikar Guzikowski und zu Beisitzern die Wirte Wacho aus Baktowitz und Ignaz Grzeszkowiak-Siedlec.

Das Wort erhielt zunächst Kaufmann Wodziejowski-Gostyn, welcher Nachstehendes ausführte:

Er wolle die Versammelten über die politische Lage der Polen in Preußen aufklären und diese einer Kritik unterziehen. Über die politische Lage der Polen höre, spreche und lese man heute überall. Die Polen verspürten sie am besten am eigenen Leibe. Wenn man aber die polnische Gesamtheit näher betrachte, so könne man wahrnehmen, daß das polnische Volk seine Lage und das Unrecht noch lange nicht kenne, das ihm täglich geschehe, und damit auch die Gefahr verkenne, die ihm drohe. Der russische Dumaabgeordnete Dmowski habe einmal gesagt, die Polen lebten besser wie z. B. die Franzosen, Engländer und andere. Wenn aber einmal ein Franzose oder Engländer hierher käme, so würde er sicher darüber staunen und entrüstet sein, wie die Polen in Preußen behandelt werden, wenn er von dem Verbot, Ansiedelungen zu begründen, vom Enteignungsgesetz und dem Sprachverbot hören würde. Zweifellos würde er es auch als selbstverständlich halten, daß die Polen gegen eine solche Behandlung protestieren und sich ihr widersetzen. Leider aber könne man in Wirklichkeit

noch viel Gleichgültigkeit unter den Polen feststellen. Das Kreiswahlkomitee sei sich dessen wohl bewußt und deshalb strebe es danach, jeden einzelnen Polen über die politische Lage, in der er sich befinde, aufzuklären. Heute müsse jeder Stand über diese Lage wohl unterrichtet sein. Jeder polnische Vater, jede polnische Mutter, kurz, jeder Pole müsse heute an die Verteidigung denken. Man könne diese heute nicht mehr allein, wie früher, dem Adel und der Geistlichkeit überlassen. Wenn die polnischen Abgeordneten die Rechte des polnischen Volkes im Landtage vertreten, werde ihnen von den preussischen Ministern immer wieder vorgehalten, daß die Polen die Angreifer seien, großpolnische Agitation betrieben und sich vom preussischen Staate loszureißen trachteten. Doch man müsse die Geschichte kennen, um die Lage der Polen richtig würdigen zu können. Die Regierung strebe nämlich schon seit den Wiener Traktaten danach, die Polen zu entnationalisieren. Obwohl ihnen bei der Teilung Polens in Preußen von dem Könige zugesichert worden sei, daß sie ihre Sprache und Kultur behalten sollten, würden die Polen nicht so behandelt. Schon im Jahre 1827 habe v. Niegolewski gegen die Einführung des deutschen Unterrichts in den Volksschulen und die Anstellung fast ausschließlich deutscher Beamter protestiert, und heute schreibe man 1911, und der Unterricht werde immer noch überall deutsch erteilt. In den Jahren zwischen 1820—30 habe die Regierung dann den deutschen Unterricht in den Gymnasien und mittleren Schulen eingeführt, polnische Anstalten aufgehoben und neue deutsche begründet. Geistliche, die die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschten, seien nicht bestätigt worden; 1830 sei dann der polnische Statthalter abgeschafft und der Oberpräsidentenposten in Posen eingeführt worden. Der erste Oberpräsident sei Flottwell, einer der größten Feinde der Polen gewesen. Man könne ihn entweder den ersten Bismarck, oder Bismarck den zweiten Flottwell nennen. Dieser Oberpräsident habe zahllose Güter von Polen eingezogen, die sich am polnischen Aufstande, wenn auch nur in Rußland, beteiligt hatten. Unter ihm sei das Amtssprachengesetz entstanden, er habe die Landratswahlen aufgehoben und beamtete Landräte in der Provinz Posen eingeführt; ebenso habe er die Wojt-Amter eingezogen und an ihre Stelle Distriktskommissare gesetzt, als Wächter des Deutschtums. Flottwell selbst habe damals zugegeben, daß damit die Selbstverwaltung der Gemeinden durchbrochen würde, doch es handele sich nur um eine vorübergehende Einrichtung. Man sehe, daß sie aber heute noch bestehe, obwohl die Distriktskommissare überflüssig seien, denn sie wüßten nicht, was sie tun sollten. Flottwell habe ferner Klöster und Güter der Kirchen und Bistümer eingezogen und mit dem aus ihrem Verkauf erzielten Gelde evangelische Schulen gebaut.

Zum Ankauf polnischen Landes verlangte er schon damals 3 Millionen Mark, und damals sei denn auch viel Land aus polnischen in deutsche Hände übergegangen. Sein Freund, der General von Grolman, habe sogar den Vorschlag gemacht, den Polen das Land einfach zu nehmen und auf ihm deutsche Ansiedler anzusetzen. Aber nicht nur Germanisation wurde getrieben, man versuchte die Polen auch zu protestantisieren. Als der Erzbischof Dunin seinen an die Dekane gerichteten Erlaß über die aus Mischehen hervorgegangenen Kinder auf Flottwells Verlangen nicht aufheben wollte, sei er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. So also ginge die preussische Regierung mit den Polen um! Wenn der preussische Staat einmal in Not sei, wenn es ihm schlecht gehe, dann seien die Polen gut, dann spiele man ihnen sogar polnische Lieder vor, wie es 1870/71 geschehen sei. Nach dem Kriege 1870/71 sei der Übermut Preußens bis ins Unendliche gestiegen, offenbar seien sie um die Köpfe verwirrt geworden. Als Dank dafür, daß die Polen für Preußen ihr Blut vergossen hätten — v. Zoltowski ruft „Bravo“ — habe Bismarck den Kulturkampf angefaßt. Dieser Kampf habe aber das Gute für die Polen gezeitigt, daß das polnische Volk erwacht sei, der Kulturkampf sei gleichsam mit den Glocken in dem bekannten polnischen Gedichte zu vergleichen, durch die das schlafende polnische Heer geweckt wurde. Jetzt stehe das polnische Volk wacker und fest für immer bei der nationalen Standarte. Im Jahre 1885 habe Bismarck dann ohne Grund 40 000 Polen aus Preußen ausgewiesen. Rücksichtslos seien sie abgehoben worden, ihr Haus, ihr Hab und Gut hätten sie losgeschlagen, ihre Kinder, Verwandte und Bekannte verlassen müssen, um in ein ihnen unbekanntes Land zu ziehen. 1886 sei dann von v. Bismarck die Ansiedlungskommission ins Leben gerufen worden. 100 Millionen Mark seien zum Ankauf von Land aus polnischen Händen bewilligt worden, um es unter Deutsche zu parzellieren. Und zu diesem Gelde müßten die Polen durch Steuern mit beitragen. Mit ihrem eigenen Gelde also kaufe man sie aus! (Zoltowski: Bravo!) Nachträglich seien noch 350 Millionen Mark zu diesen Zwecken bewilligt worden. Die Ansiedlungskommission habe unbestreitbar eine große Verwüstung in den polnischen Landesteilen angerichtet. Früher hätten leider auch viele Polen ihr Land verkauft, heute komme das wohl kaum noch vor. 1904 sei dann das Verbot des Bauens erlassen worden, ein Gesetz, das das barbarischste von allen und selbst in Rußland nicht bekannt sei. Ohne daß ein Pole sich eine hohe Sicherheitshypothek dafür eintragen lasse, daß er sein Grundstück nur an eine der Regierung genehme Person verkaufen werde, erhalte er keine Bauerlaubnis. Selbst deutsche Notare wunderten sich, daß die Gerichte solche Eintragungen vornehmen könnten. Am schlimmsten aber sei, daß sich die Polen, wie von Bülow sagte, wie die Karnickel vermehrten. Deshalb habe man das Enteignungsgesetz geschaffen. Aus bestimmten Gründen wolle er auf diese nicht näher eingehen. Fast zu gleicher Zeit habe die Regierung das Verbot des polnisch Sprechens in öffentlichen Versammlungen erlassen. Es gelte das zwar gegenwärtig nur für diejenigen Gegenden, in denen die polnische Bevölkerung nicht 60 Prozent ausmache, nach 20 Jahren aber solle nirgends mehr öffentlich polnisch gesprochen werden. Nun, die Polen würden sich schon Rat wissen und Mittel aussfindig machen, durch die sie sich noch mehr wie bisher zusammenschließen und lieben würden!

Wofür verfolge man die Polen nun? Weil es Grundsatz in Preußen sei, daß der Staat ein einheitlicher nationaler Staat sein müsse. Daher sollten alle

anderen Nationen aus Preußen verschwinden, nur die Deutschen sollten eine Existenzberechtigung besitzen. In dieser Hinsicht sei z. B. das alte polnische Reich vor 300 Jahren schon viel weiter gewesen, wie Preußen, denn in ihm konnten alle Nationen und Religionsbekenntnisse friedlich neben einander leben. Und doch wage man noch zu sagen, die Polen hielten die Zivilisation auf! Wie bereits vorstehend ausgeführt, werde den Polen oft großpolnische Agitation und das Bestreben nach Losreißung vom preussischen Staate vorgeworfen. Die Polen aber besäßen ein reines Gewissen, ja sie gingen sogar soweit, daß sie sich überall nach dem Bibelspruche richteten: „Gebet Gott, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Die Polen zahlten ohne Murren Steuern, vergossen ihr Blut für den König von Preußen, sie seien vielleicht noch besser, wie die Preußen selbst, denn unter ihnen gebe es noch sehr wenig Sozialdemokraten. Zwar gehörten anscheinend viele Polen in Westfalen usw. der Sozialdemokratie an, doch das seien nur Mitläufer, die gezwungen seien, ihres Fortkommens wegen einer solchen Organisation beizutreten. Unter den Polen gebe es auch noch keine Anarchisten und Königsmörder! Sie bildeten die besten Soldaten, was schon daraus hervorgehe, daß die preussischen Offiziere mit Vorliebe polnische Soldaten als Burschen für sich erbäten. So also erfüllten die Polen alle Pflichten dem Könige und Staate gegenüber treu und gewissenhaft. Sie besäßen aber auch Pflichten gegen Gott und diese beständen in dem Festhalten an der polnischen Sprache, die Gott ihnen gegeben, an den Sitten und polnischen Gebräuchen. Jedem Volke habe Gott eine besondere Mission zuerteilt, so auch den Polen. Sie hätten eine Vormauer für das Christentum gebildet und wollten eine solche Vormauer auch weiter bleiben. Die polnischen Mütter betrachteten die Vermehrung der Polen als einen besonderen Segen Gottes. v. Bülow habe hierin aber eine Gefahr für den preussischen Staat erblickt und man habe auch Mittel vorgeschlagen, wie man dieser starken Vermehrung vorbeugen könnte, doch mit Rücksicht auf die Frauen wolle er diese Mittel hier nicht benennen. — Zurufe: „kastrieren“.

Als vor kurzem der polnische Abgeordnete von Trampczynski im Landtage eine längere Rede über das den Polen zugefügte Unrecht gehalten habe, habe ein konservativer Abgeordneter ihm erwidert, der Staat könne mit der antipolnischen Politik nicht aufhören, solange die Polen eine Macht bildeten. Worin bestche nun diese Macht? In der Liebe zum Lande, in dem Festhalten an der Muttersprache, an den polnischen Sitten und Gebräuchen und an der Religion. Wenn die Polen Lumpen, Spitzbuben, Säufer und Taugeniche wären, ihre Kinder als Nichtsteuer und Ungläubige erziehen würden, so würde es mit den Polen zu Ende sein. Dieser gebildete Hochkonservative möchte die Polen also am liebsten als Lumpengesindel sehen!

Den Hafatisten dauere die Enteignung nun zu lange. Sie griffen daher den Minister an, und siehe da, die Minister seien auf einmal zur Vernunft gekommen. Sie sagten, man könne die antipolnische Politik nicht mit dem Blutbade in Bethlehem vergleichen, das Herodes anrichten ließ. Daß ganz Jung-Polen in die Hände Herodes gegangen sei, wüßten die Polen schon lange von selbst. Die Hafatisten möchten am liebsten, daß die Polen herausgetrieben, enteignet würden, wenn auch die Enteigneten sich zur Wehr setzen und eventl. auf die Enteigner schießen sollten. Könne man denn voraussehen, was im Falle der Enteignung alles geschehen könnte? (Allgemeiner Zuruf: „sehr richtig!“ auch v. Zoltowski ruft „richtig!“) Man solle sich nur die Verzweiflung der von ihrer Scholle Vertriebenen vorstellen. Die Regierung müsse

hiermit sehr rechnen und dürfe nicht wie ein Lämmchen den Satiristen folgen. Heute riefen diese der Regierung nur zu: „Gib Geld und verfolge die Polen!“

Redner schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Seid ruhig, wir haben nichts verschuldet! Erfüllen wir unsere Pflicht wie bisher. In politischer und nationaler Hinsicht aber arbeiten wir noch nicht soviel, als notwendig ist. Der polnische Dichter Wyspianski hat gesagt: ‚Wir könnten viel haben, wenn wir nur wollen wollten.‘ Also ‚wollen wir‘, dann wird es besser werden.“

Der Vorsitzende v. Zoltowski machte hierauf eine Pause und forderte die Versammelten auf, in dieser freiwillige Beiträge für Wahlzwecke zu sammeln. Die Wahlkosten seien hoch, und das polnische Volk müsse allmählich zu dem Bewußtsein gebracht werden, daß es auch verpflichtet sei, an diesen Kosten teilzunehmen. v. Zoltowski selbst sammelte sodann ebenfalls Beiträge mit einem Gut.

Das Wort erhielt hierauf Propst **Koczwara**; er führte nachstehendes aus:

Die Versammelten hätten durch den Vorredner von den Wohltaten gehört, mit denen die preußische Regierung die Polen beglückte. Deutsche Köpfe quälten sich nun schon Jahrzehnte damit ab, wie man die Polen zu Grunde richten könnte, doch vergebens! Weshalb vergebens? Weil die Polen, wenn ihr Vaterland auch in Stücke zerrissen sei, dieses liebten! Wie jedes Kind seine Mutter noch mehr liebe, wenn sie krank sei, so liebten die Polen ihr unglückliches Vaterland umsomehr, weil es geteilt sei. Wegen der verschiedenen Gedanken der deutschen Köpfe brauchten sich die Polen nicht zu fürchten. Es gehe ihnen gut, weil sie auf eigener, auf angestammter Scholle säßen und ihr Vaterland liebten, wenn auch noch nicht so, wie sie es tun müßten. Noch manches fehle! Heilige, wahre Vaterlandsiebe könnten nur ehrbare Menschen empfinden. Aus einer bloß idealen Liebe des Vaterlandes komme nicht viel heraus. Diese Liebe müßten sie praktisch betätigen. Die Versammelten hätten ja heut bereits gehört, was sie drücke und schmerze. Die Regierung möchte am liebsten, daß die Polen aufhörten, solche zu sein, dann bekämen sie Land, Ämter — nicht bloß Nachwächterämter — und so weiter. Doch das würden sie nicht tun! Die Versammelten liebten ihr Vaterland auch praktisch. Gegen alle Bedrückungen der Regierung besäßen sie Mittel zur Verteidigung. Allerdings dürfe man nur legale Mittel gebrauchen, sonst würden die Polen sich am meisten selbst schaden. Zuerst würden die Polen ihr Vaterland umsomehr lieben, je mehr es getreten werde, und zwar nicht nur zu Hause, sondern überall. Vor allem aber müßten sie ihre geliebte polnische Sprache pflegen. In diesem Punkte sei es noch recht schlecht bestellt, die hiesigen Polen könnten sich in dieser Hinsicht ihre Brüder in den beiden anderen Landesteilen zum Beispiel nehmen. Deutsche Ausdrücke müßten vermieden werden. Sie sollten, wie v. Bülow einst gesagt habe, so sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen sei. Damit sei nicht gesagt, daß die Polen die deutsche Sprache gar nicht beachten sollten. Die Kenntnis dieser sei für sie vielmehr recht gut und wünschenswert, denn sie brauchten sie zu ihrem besseren Fortkommen.

Gerade die polnischen Geistlichen könnten oft die „Dummheit“ ihrer eigenen Landsleute bewundern. Wenn ein junger Pole mehrere Monate in Westfalen sich aufhalte, so schreibe er an seine Angehörigen oder an den Geistlichen deutsch, aber wie? Das sei nur die eigene Schuld der Polen! Wozu gebe es denn polnische Bücher? Weshalb seien die so teuer? — weil sie zu wenig gelesen würden. Daher müsse jeder Pole seine Sprache lieben, zu Hause nur polnisch sprechen

und dort keine andere Sprache dulden. Daran könne sie hieran kein Gendarm, Kommissar, Landrat oder Minister hindern. Gott wolle das, denn er bewirke ja, daß die Polen sich so stark vermehrten. Die polnischen Mütter müßten ihre Kinder vor allem polnisch lesen und schreiben lehren. Auch die alten polnischen Lieder dürften nicht in Vergessenheit geraten, ebenso wenig die polnischen Tänze. Ein echter Pole dürfe nur die Tänze tanzen, die seine Vorfäter getanzt hätten, nicht aber Rheinländer, Steiermärker usw. Das sei kein Festhalten an der Tradition, an dem, was die Polen von ihren Vorfahren ererbt hätten! Alles das müßten die Eltern die Kinder lehren. In jedem polnischen Hause müsse sich ein polnisches Elementarbuch und ein polnischer Katechismus befinden. Polnische Bücher liefere der polnische Volksbibliothekenverein — die *Czytelnia ludowa*. Der Monatsbeitrag belaufe sich nur auf 5 Pfennige. Jeder müsse nach Aufklärung streben und in dieser Hinsicht den Tschechen nachsehen. Woher komme es denn, daß noch mancher polnische Bauer sich an die Mittelstandskasse oder an die Bauernbank wende, die ihm eine Sicherheitshypothek aufzwinge? Schuld allein sei die geringe Aufklärung.

Das zweite legale Verteidigungsmittel bilde die Befolgung des Lösungswortes „*Swój do swego*“ — Jeder zu seinem Landsmann. Hätten denn die Polen soviel Ärger mit ihren „Freunden“, wenn sie nur bei Polen kaufen würden! Nein, dann gäbe es diese eben nicht, denn sie könnten nicht bestehen. Mit den paar Beamten würden sie sich schon abfinden können! Wie sehe es denn in den Städten in den Stadtverordnetenversammlungen aus! Dort herrschten die Juden durch die Nachlässigkeit der Polen. Heute kaufe die polnische Frau fast jeden Rock, jedes Tuch beim Juden! Weshalb tranken denn die Polen nicht polnisches Bier? Gebe es doch in Gostyn eine polnische Brauerei! Sie müßten alle so denken: „Lieber trinken wir gar kein Bier, wenn nicht polnisches!“ Die Tschechen gingen da ganz anders vor! Als dort eine große tschechische Handschuhfabrik abgebrannt sei, hätten sie beschloffen, keine Handschuhe zu tragen. Die Polen aber tranken das deutsch-jüdische Bier, wenn es nur naß sei. Es fehle ihnen eben an dem notwendigen Geiste.

Die Polen besäßen aber noch weitere Rechte, die ihnen garantiert seien. Oft schrieben die Standesbeamten statt der polnischen deutsche Vornamen ein, statt der Endsilbe „*ska*“ bei weiblichen Namen „*ski*“, und die Polen ließen sich dies ruhig gefallen. Das alles seien nationale Andenken, an denen man festhalten müsse! Ebenso fest müsse jeder an der Erde halten. Früher schimpfte man auf den polnischen Adel als auf den Verschacherer der polnischen Erde. Heute höre man gar nichts mehr davon, daß ein polnischer Adliger sein Gut der Ansiedelungskommission verkauft habe, an seine Stelle sei aber der polnische Bauer getreten. Man brauche sich nur einmal das „schwarze Buch“ anzusehen. Überall sei die geringe Aufklärung hieran schuld. Leider gehörten noch viel zu wenig Polen den polnischen Vereinen, wie dem Volksbibliothekenverein, der Straz, den landwirtschaftlichen und Wahlvereinen an. Jeder ehrbare Pole trete diesen Vereinen gern bei! Die Polen könnten ihr ganzes Glend leicht vermeiden, nur gehöre hierzu Ausdauer! Auf einmal sei Krakau nicht erbaut worden! Er wolle nun schließen und fordere die Versammelten auf, alles das, was sie von dem Vorredner und ihm gehört hätten, zu beherzigen. Am notwendigsten sei die Aufklärung. Deshalb müsse sich jeder Pole eine polnische Zeitung halten. Wenn die Polen zu größerer Aufklärung gelangen würden, so würden sie auch mehr Standhaftigkeit, Ausdauer und Opferwilligkeit zeigen. Die polnische Wirtschaft“ müßten sie los und charakterfest

werden. Deshalb brauchten sie noch niemanden zu reizen, aber sie mußten an allem, was polnisch ist, festhalten, überall offen ihr Polentum bekennen, nur bei Polen kaufen, polnisch lesen und schreiben lernen, das Deutschschreiben unterlassen. Jeder Pole müsse von dem Geist befeelt werden, daß er z. B. nur polnisches Bier trinke. Führe ein Gastwirt solches nicht, so sage man ihm „Gott befohlen“. Die Deutschen bereicherten sich doch nur an den polnischen Groschen, und dann gingen sie hin und schmiedeten Gesetze gegen die Polen. Für die eigenen Groschen zögen sie sich also ihre Feinde groß. Also nur Bücher und Aufklärung! Die Feinde wünschten ja nur, daß die Polen nichts lernten, nichts wüßten, nichts hätten, dann ginge es rascher mit ihnen zu Ende. Wenn aber alle Ausdauer zeigten, ihr Vaterland, die polnische Sprache und alles, was polnisch sei, liebten, dann würden sie sich eine bessere Zukunft schaffen können.

Das Wort erhielt nunmehr Ignaz Krajka Pogorzela (ein junger Mann, der offenbar aus Westfalen zurückgekehrt ist). Er führte aus:

Die Versammelten hätten gehört, wie es den Polen hier ergehe. Noch vieles sei vernachlässigt. Jeder Pole müsse an das denken, was polnisch sei, was er von seinen Vorfahren ererbt habe. Viel Geld werde von den Polen noch in die Kneipen getragen. Der oft blutig verdiente Groschen werde vertrunken. Das sei Mangel an Aufklärung! Lieber solle man für das Geld eine Zeitung halten. Zu gering sei auch die Beteiligung der Polen an Vereinen. Nicht allein dem polnischen Adel dürfe man den Verfall des alten polnischen Reiches in die Schuhe schieben, sondern der geringen Aufklärung des polnischen Volkes. Er habe hier oft bemerken können, daß die polnischen Frauen zum Juden kaufen gingen. Wenn die Polen sich nicht gegenseitig unterstützten, fehle ihnen das Fundament zum Weiterarbeiten. Eine Nation, die an ihren Traditionen festhalte, werde nie untergehen.

Nunmehr richtete Kaufmann Wodzinowdski an die Versammelten folgende Fragen:

Wer liest eine polnische Zeitung? (Es meldeten sich fast alle). Gibt es jemanden in der Pempowwer Parodie, der an Deutsche verkauft hat? (nein).

Hat sich jemand eine sogenannte Sicherheitshypothek eintragen lassen? (auch hier meldete sich niemand).

Kedner bemerkte darauf, daß noch sehr oft aus Unwissenheit die Vornamen auf den Wagentafeln deutsch geschrieben würden. Das sei nicht notwendig! Das Gesetz verlange nur, daß der Ort deutsch geschrieben werde. Vor- und Zuname könnten polnisch geschrieben sein. Wer auf seiner Wagentafel noch einen deutschen Namen stehen habe, solle ihn entfernen und seinen polnischen Namen anbringen. Jeder solle wissen, daß er ein Pole sei. Jeder Pole habe ferner zu verlangen, daß der Standesbeamte den Namen seiner Tochter mit „ska“ eintrage. Bei Vornamen müsse mindestens der polnische Namen in Klammern beigeschrieben werden.

Kedner dankte hierauf dem Wirt Grzeszkowiak für die Hergabe seiner Scheune zu der Versammlung.

v. Zoltowski dankte sodann dem Kedner und forderte die Versammelten auf, alles das im Herzen zu behalten, was sie gehört hätten. Um 7¹/₂ Uhr erreichte damit die Versammlung ihr Ende.

Augustini, Polizeirat.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 140 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. Juni 1911:

Posen, den 21. Juni 1911.

Aushalten!

Unsre Gesamtheit hat der Ostdeutschen Ausstellung gegenüber eine einmütige Stellung eingenommen: sie hat dieselbe als ein Unternehmen anerkannt, welches unser nationales Interesse schädigt — und daraus den Schluß gezogen: man muß sie meiden, die nationale Würde nicht beleidigen und die eigene Gesamtheit nicht schädigen.

Einige haben allerdings den Vorbehalt gemacht, daß man demjenigen, der die Ausstellung zur eigenen Belehrung besuchen will, dieses nicht übel nehmen könne. Wir haben es gleich von vornherein bemerkt, daß diesen Vorbehalt diejenigen, die das persönliche Amüsement über die Pflicht gegenüber der Gesamtheit stellen, ausnutzen werden.

Und so geschieht es in der Tat. Es muß anerkannt werden, daß die allgemeine Haltung der Gesamtheit — die Haltung sowohl der Intelligenz, als auch der breiten Massen gegenüber der Ausstellung gänzlich korrekt ist. Doch andererseits darf nicht verschwiegen werden, daß die Zahl jener Egoisten, die sich nicht um die öffentliche Meinung kümmern und das Interesse der Gesamtheit geringschätzen, ständig wächst. Diejenigen, die sich vom Sammelwillen der Gesamtheit loszumachen suchen, berufen sich fast alle — eine kennzeichnende Sache — auf jenen Vorbehalt, daß man die Ausstellung „der Wissenschaft halber“ besuchen kann. Und „der Wissenschaft halber“ vergeuden sie das Geld an den Abenden und in den Nächten in den Restaurationen, Weinhäusern und Kabarets der Ausstellung. Am Tage sieht man nämlich in der Ausstellung buchstäblich keine Polen; dafür aber, wenn sich „der Abend senkt“ schleichen die goldene Jugend und verschiedene Sybariten auf die Ausstellung und „bilden“ sich nach ihrer Art.

Es gibt Elemente, auf die die öffentliche Meinung tatsächlich keinen Einfluß hat. Doch die öffentliche Meinung muß wachsam sein und es nicht dazu kommen lassen, daß die Leichtsinigkeit solcher Elemente weitere Kreise anstecken und den Willen und die Widerstandskräfte derselben schwächen könnte. Es genügt nicht ein guter Anfang, wir müssen in der eingenommenen Stellung ausharren, damit wir uns wieder nicht Strohfeuer vorzuwerfen hätten. Zur Befestigung und Verstärkung der gesunden öffentlichen Meinung mußte sich jeder bewußte Bürger und jede bewußte Bürgerin unsrer Gesamtheit berufen fühlen.

Bei dieser Gelegenheit lohnt es sich, an die „Ostdeutsche Lotterie“ zu erinnern, mit deren Hilfe man bestrebt ist, einen Teil des Defizits zu decken, das zweifelsohne die Ausstellungsbilanz aufweisen wird. Der Wert der Gewinne beträgt 230000 Mark — und die 375000 Lose à 2 Mark sollen 750000 Mark bringen, d. h. der Wert aller Gewinne beträgt kaum den dritten Teil der Einzahlungen. Auf 375000 Lose gewinnen kaum 11000, also ungefähr jedes dreißigste Los, unter welchen noch 9000 Gewinne — Gegenstände bis zu 5 Mark — und 1000 Gegenstände im Werte bis 10 Mark umfassen. Nur die drei ersten Prämien bilden Geldgewinne, alle andern Gewinne stellen Geschenke dar.

Wir bezweifeln es, ob die „Ostdeutsche Lotterie“ unter diesen Umständen sich sogar in der deutschen Gesamtheit eines guten Absatzes erfreuen wird. Für

uns als Polen kommt noch hinzu was unsere Gesamtheit von der Ausstellung selbst, mit welcher die Lotterie eng verbunden ist, denkt.

Umsomehr nimmt es uns Wunder, daß polnische Kaufleute in ihren Schaufenstern den Lotteriereklamen Gastrecht gewähren. Dies tun hauptsächlich diejenigen, die in ihren Schaufenstern keine polnischen Telegramme auslegen wollen, „um die Menschen nicht zu reizen“. Augenscheinlich fürchten sie nicht, polnische Gefühle zu verletzen. Wir fügen hinzu, daß auf den Losen wie den Lotterietaffeln nicht das Rathaus, sondern das Schloß zu sehen ist.

An dies alles muß die polnische Gesamtheit denken.

Aus Nr. 141 des Postep (Posen)
vom 23. Juni 1911:

Die Hakatisten

führen alles, was sich nur führen läßt, nach Posen, um die Ausstellung zu zeigen und sich im allgemeinen zu loben, was sie für ein großes kolonisiertorisches Werk in den früheren polnischen Landen betreiben. Sonntag sollen Landtagsabgeordnete aus Berlin mit einem Extrazuge nach Posen kommen, um die Ausstellung zu besuchen und sich die Stadt anzusehen. Das Posener Tageblatt fordert die Bewohner Posens auf, zu Ehren der Abgeordneten zu flaggen. Die Aufforderung befolgen gewöhnlich Hotelbesitzer und Restaurateure, doch auch diese streifen jetzt mit dem Aushängen der Fahnen, weil sie infolge der Ausstellung schlechte Geschäfte machen. Und sicherlich werden sich die Fahnen in derselben Anzahl zeigen, wie am Deutschen Tage.

Die Ansiedlungskommission hat wiederum Türken nach Posen eingeladen, damit sie die Ansiedlungsbörser besuchen. Künftigen Montag wird also die türkische Studienkommission, welche Deutschland bereist, nach Posen kommen. Natürlich werden die Türken zuerst die Ausstellung besichtigen, welche für die Türken wahrscheinlich etwas Neues darstellen wird, weil man in der Türkei keine Ausstellungen veranstaltet. Besonders wird den Türken die Gestalt des Wasserturmes gefallen. In der Ausstellung gibt es viele Damen, und das wird den Türken auch gefallen.

Nachher werden die Türken die umliegenden deutschen Dörfer besuchen. Jedenfalls werden ihnen die Hakatisten, die die Führung übernommen haben, ungereimtes Zeug über die polnische Wirtschaft erzählen, und die Türken werden ihnen in ihrer Unkenntnis diese Wunder glauben, es sei denn, daß auch die Türken diese Aufschneiderei merken werden. Bei dieser Gelegenheit schreibt das Posener Tageblatt, daß hierher alljährlich ausländische Kommissionen kämen, um die Ansiedlungen zu besichtigen und daraus zu lernen. So seien schon Kommissionen aus Rußland, Schweden, Ungarn, Italien, Rumänien, Holland, England und sogar Japan gekommen, welche die deutsche Zivilisationsarbeit mit großem Interesse besichtigt hätten. Warum hat man noch nicht Hottentotten und andere Völker herbeigeholt? Die Kommission führt diese Herren gewöhnlich in ihre Paradedörfer, welche eine Stange Gold kosten — und damit lobt sie sich bei den unerfahrenen Leuten, welche die Ziele und Tätigkeit der Ansiedlungskommission, deren Aufgabe Vernichtung des polnischen Elements ist, nicht kennen.

Daraus geht hervor, daß man in ausländischen Zeitungen öfters Aufklärungen über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission bringen muß, damit man dort erkennt, was die Preußen bezwecken.

Aus Nr. 143 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. Juni 1911:

In Sachen der Ausstellung.

Nach unsern Informationen hält sich die Gesamtheit des polnischen Publikums der deutschen Ausstellung in Posen fern. Eine Ausnahme bildet indessen eine Schar von Personen, die sich zu den Kreisen der Intelligenz rechnen, welche die Ausstellung ständig besuchen. Sie tun dies nicht aus pädagogischen Gründen, sondern suchen dort sinnlose Zerstreuung. Ein derartiges Verhalten verdient entschieden verdammt zu werden.

Mit der Möglichkeit eines Defizits rechnend, veranstaltet das Ausstellungs-Komitee eine Lotterie mit 500 000 Losen zu 2 Mark. Wir sind davon überzeugt, daß sich unser Publikum an dieser Lotterie nicht beteiligen wird, besonders auch deshalb, weil die Gewinne hinsichtlich der Zahl und des Wertes nicht allzu imponierend ausfallen.

Aus Nr. 12 des Kupiec (Posen)
vom 16. Juni 1911:

Aus der Gegenwart.

Den Veranstaltern und Leitern der Ostdeutschen Ausstellung, welche die unschuldigsten Mienen aufstecken, spreche ich jegliche deutsche Sondermerkmale und Bestrebungen ab, und sie tun das aus leichtverständlichen Gründen. Für das polnische Geld, das sie zur Rettung der total geringen Einnahmen brauchen. Anders jedoch schätzt die deutsche Presse die Ausstellung ein, die sie für einen wichtigen Faktor der alldeutschen Propaganda hält.

Die Ausstellung gibt den Deutschen Veranlassung zur Veranstaltung zahlreicher Zusammenkünfte, Musterungen und Schaustellungen in unserer polnischen Gegend. Kaum ist das am „Deutschen Tage“ mit der bekannten preußischen Arroganz von den fanatischen oder aufgestachelten Mitgliedern des polenfreßerischen Bundes zu unserem Untergange in Szene gesetzte Geschrei verstummt, kaum ist die Menge unseren Augen entrückt, die herausfordernd mit dem hakatischen Abzeichen geschmückt, uns den Weg vertrat, und schon wieder ein neues Erfinden der Kultur: „Der deutsche Blumentag“ brachte auf die Straßen eine Unmenge dekorierte deutscher Mädchen, welche die Passanten aufdringlich attackierten und sie mit billigen, gewöhnlichen Blumen und Postkarten traktierten, für die sie zu deutsch-kulturellen Zwecken Geld einzogen.

Die Polen sind mit Würde aus dem Wege gegangen.

Und mindestens einmal in der Woche sehen wir mit zweifelhafter Annehmlichkeit, wie Scharen von deutschen Ankömmlingen, die, aus allen Gegenden „zur Ausstellung“ hierher geholt, sich prahlerisch in langen Reihen durch die Stadt fahren lassen oder zu Fuß durch die Straßen wandern und unter der Führung der „Cicerone“ die Werke, Überbleibsel der Vergangenheit und Seltenheiten — alles natürlich pangermanische Sachen — bewundern.

Bei den aus diesem Anlaß abgehaltenen Kommercen rühmen schwülstige Reden und Toaste von

politischer Färbung die Macht der Kultur deren Übergewicht und Sieg über das polnische Element. Trunken — mehr vom Bier als vom Gehörten — kehren die Männer der Kultur in ihre Heimat zurück und öffnen daselbst die Schleusen ihres überfüllten Gefühlsvorrats.

Mit unverhüllter Freude notiert die deutsche Presse die vermeintlichen Erfolge, welche die Ausstellung und die mit ihr verbundenen Trinfelagen den Deutschen bringen; indem sie alles Gesehene und Gehörte heute wiederholt, erachtet sie es als zweifellos, daß es hinsichtlich der Ostmarken bei den Deutschen keine Meinungsverschiedenheiten gibt, daß sie vielmehr alle nach dem einen großen Ziele streben: Sicherstellung des zahlenmäßigen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Übergewichts für die Deutschen in den polnischen Landesteilen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die pangermanische Idee selbst den Deutschen mit nüchternen und offenen Anschauungen die Köpfe verdreht hat; das phantastische Verursachen zum Herrschen über die Welt spukt hartnäckig in den Köpfen der deutschen Politiker, und deshalb erachten sie auch das Vertreiben, Vernichten und Bedrücken des polnischen Elements für eine berechnete Sache.

Die Sicherung des zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Übergewichts für die Deutschen im Posenischen kann nur auf Kosten der polnischen Bevölkerung, der polnischen Landwirtschaft, des polnischen Handels und der polnischen Industrie geschehen, deshalb dürfen wir jene prahlerischen alldeutschen Postulate nicht unbeachtet dahingehen lassen, es muß vielmehr mit ganzer Kraft und Ausdauer zum Schutze unseres nationalen und wirtschaftlichen Erwerbs eingetreten werden.

Zwecks Erkämpfung des wirtschaftlichen Übergewichts hat man beschloffen, in den Städten deutsche Kaufleute und Handwerker ansässig zu machen, ihnen ihre Existenz durch Beihilfen in Geld und durch aufgetriebene Beamten, Kolonisten und Gutsbesitzer, die alle ihre Bedürfnisse bei jenen städtischen Ankömmlingen kaufen, zu sichern. Schon die deutschen Gutsbesitzer, die haktatistisch angehaucht sind, heißen ihr ihnen untergebenen polnisches Volk die Einkäufe in der Stadt beim deutschen Kaufmann oder Handwerker besorgen, sofern solche da sind; in Zukunft wird dieser Druck größeren Umfang annehmen.

Mit derartigen Eventualitäten müssen wir durchaus rechnen, und wir dürfen nicht aufhören, die Losung „Jeder zu den Seinen“ oder „Kauft bei den Euren“ laut zu verkünden. Der Kaufmann und Handwerker muß sich mit dem polnischen Volke mehr zusammenschließen, sich mit ihm mehr verbrüdern, er muß mit dem Volke in persönliche Beziehung treten, ihm offen, herzlich und freundschaftlich die Hand reichen.

Unser einfaches Volk hegt seit langem ein gewisses Mißtrauen gegen den städtischen Bürgerstand und fühlt sich mehr zum Juden hingezogen, der es versteht, mit ihm schön zu tun und ihm zu Herzen zu reden.

Zahrzehnte lang haben wir den polnischen Mann von oben herab angesehen wir nannten ihn „Du“, später „Ihr“; erst in der letzten Zeit, seitdem die demokratische Idee die Oberhand gewann über den traditionellen Kastengeist, der Bauer zum Selbstbewußtsein gekommen ist, fingen wir an, zu erkennen, daß er ebenso Herr ist wie wir; besser aber spät, als nie.

Wir müssen Wege und Mittel finden, wie wir uns mit dem Volke verbrüdern sollen, wir müssen ihm

das alte Mißtrauen abnehmen, ihm die Überzeugung einflößen, daß sein nächster Nächster der Pole und Katholik ist — der Mensch desselben Glaubens, derselben Rationalität. Dann wird auch die Losung „Jeder zu den Seinen“ besser den Weg zum Gemüte und Herzen des polnischen Volkes finden.

Für die große Verteidigungsaktion müssen durchaus der Adel, die Geistlichkeit, die landwirtschaftlichen Beamten, die Organisten oder Kirchendiener, mit einem Worte: alle, die auf das ländliche Volk dahin Einfluß ausüben könnten, daß es seine Einkäufe beim polnischen Kaufmann und Industriellen besorge, gewonnen werden.

Die Verteidigungsaktion, in großem Stile geführt, wird der polnischen Sache große Vorteile bringen, sie wird jenes große haktatistische Ziel unmöglich machen oder erschweren. Über die Mittel und Wege werden wir eingehender bei nächster Gelegenheit sprechen; vor der Hand heißt es, unter das Volk gehen!

Aus Nr. 142 des Lech (Gnejen)

vom 23. Juni 1911:

Mittelstandskasse und Bauernbank.

I.

Neuerdings ist in Lemberg eine von dem früheren Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied der „Spółka Rolnikow Parcelacyjna“, Herrn M. Palendzki, verfaßte Broschüre „Mittelstandskasse und Bauernbank“ erschienen, welche die Aufmerksamkeit der polnischen Volksgemeinschaft auf diese gefährlichen Institutionen lenkt. Um unsere Leser mit den Praktikern dieser Seitensprößlinge der Ansiedlungskommission bekannt zu machen, bringen wir in einer Reihe von Artikeln Auszüge aus der Broschüre des Herrn Palendzki:

Die „Mittelstandskasse“, schreibt der Verfasser, sichert sich weitgehende Vollmacht seitens des Besitzers. In ihr erklärt der Besitzer ausdrücklich, daß er den Antrag stellt, seine Besizung in eine Ansiedlungsparzelle der Ansiedlungskommission umzuwandern. Kraft dieser Vollmacht läßt die „Mittelstandskasse“ die Wirtschaft gerichtlich an die Ansiedlungskommission auf, und die Ansiedlungskommission läßt in demselben Termin, gewöhnlich in dem gleichen Akt — wieder die Besizung an den Besitzer derselben zurück — auf. Bei dieser Gelegenheit wird ein Darlehn bis zu $\frac{3}{4}$ des Wertes als Rest der Kaufsumme hypothekarisch eingetragen. Ferner sichert sie sich dann das Vorkaufsrecht für den Fall, daß die Wirtschaft jemals in fremde Hände übergehen sollte, d. h. in den Besitz einer Person, die nach der willkürlichen Ansicht des Präsidenten der Ansiedlungskommission „im Hause, in der Kirche und im geselligen Verkehr nicht die deutsche Sprache gebraucht.“ Die Gerichte sind nicht der Ansicht, daß eine derartige Manipulation eine Umgehung des Ansiedlungsgesetzes ist und verweigern nicht die Eintragung.

Wir haben gesagt, daß das Darlehn $\frac{3}{4}$ des Nutzungswertes des Bodens beträgt. Aber die Kommission gibt nicht die ganze Summe. Ihre für andere Zwecke bestimmten Fonds würden allzu schnell erschöpft sein, und man muß doch über die Verwendung der Fonds vor dem Landtage Rechnung ablegen. Deshalb gibt den größten Teil des Darlehns auf die erste Stelle eine andere Institution, z. B. die Landschaft. Da diese aber unter 3000 Mark nicht verleiht, nimmt

in solchen Fällen die „Mittelstandskasse“ die erste Hypothek wo anders auf. Die Ansiedlungskommission leiht nur die Differenz bis $\frac{3}{4}$ des Taxwertes; da nun die Landschaft und die Hypothekenbanken alle annähernd die Hälfte des gewöhnlich nicht niedrig geschätzten Wertes als Darlehn gewähren, gewährt die Ansiedlungskommission in der Regel nur eine geringe Summe.

Sie gewährt das Darlehn gleichsam als Rentenskapital zu 4%, von denen $\frac{1}{2}$ % als Amortisation gerechnet werden, während die andern $3\frac{1}{2}$ % die Verzinsung bilden. Die Amortisation ist in $61\frac{1}{2}$ Jahren beendet.

Die „Mittelstandskasse“ gibt freilich dem Besitzer kein Kapital in die Hand, aber sie reguliert ihm die Hypotheken und bezahlt alle Schulden. Im Grundbuche sollen nur zwei Hypotheken bleiben, die für die Bank (nach Möglichkeit eine Amortisationshypothek) an erster Stelle und das Rentenskapital der Ansiedlungskommission an zweiter Stelle. Ausnahmsweise läßt man auch ein Leibgedinge eintragen. Das, was vom Darlehn übrig bleibt, wenn dies überhaupt der Fall ist, erhält der Besitzer in barem Geld.

Der Besitzer hat nicht angenommen, daß das Darlehn für ihn so niedrig ausfallen konnte, und er versteht es nicht, weshalb man die Einnahmen aus der Besizung so niedrig geschätzt hat? Er wird sicherlich niemals die Vermittelungen verstehen, die aus der Verbindung des Charakters der Ansiedlungsparzelle der Ansiedlungskommission mit dem Verbleib des Besitzes des Bodens in der Hand des Besitzers, gemäß der Politik der Regierung entstehen.

Er saß nach dem Unterschreiben der Vollmacht ruhig auf seinem Grund und Boden und erhielt von der Mittelstandskasse keinerlei Nachricht. Er wußte nicht, daß er seine Wirtschaft an die Ansiedlungskommission aufgelassen und daß diese die Besizung wieder an ihn zurück aufgelassen hatte. Niemals war er aufgefordert worden, im Bureau der Mittelstandskasse, in der Ansiedlungskommission, oder vor Gericht zu erscheinen; er war nach nichts gefragt worden, man hatte überhaupt von ihm nichts verlangt und ihm keinerlei Mitteilungen gemacht. Und jetzt benachrichtigt man ihn plötzlich, daß die Regulierung beendet und für ihn die geringe Summe oder garnichts übrig geblieben sei. Und jetzt untersucht er die Sache und informiert sich und nimmt wahr, daß ihm das 4prozentige Darlehn der Ansiedlungskommission in Wirklichkeit weit mehr kostet, daß er gewöhnlicher Zinspflichtiger der Ansiedlungskommission geworden und ihm die Freiheit, über seine eigene Besizung und seine Hypotheken zu verfügen, genommen ist.

Aus Nr. 143 des Lech (Gnefen)
vom 24. Juni 1911:

Mittelstandskasse und Bauernbank.

II.

Die Frage: Wie viel hat der Besitzer dadurch verloren, daß er die Hilfe der Mittelstandskasse in Anspruch genommen hat? beantwortet der Verfasser folgendermaßen:

Er muß dulden, daß für die Mittelstandskasse eine Kaution hypothekarisch eingetragen wird, trotzdem er ihr nichts schuldig ist; einen rückständigen Kostenrest von 100 Mark will die Mittelstandskasse nicht annehmen, die Kaution auch nicht löschen. Die Besizung hat aufgehört, für ihn ein Gegenstand der Verpfändung und freien Verfügung zu sein und, was die Folge hiervon ist, er hat an Ansehen verloren, denn mit ihm

rechnet niemand mehr als mit einem freien Besitzer, der Herr auf seinem Grund und Boden ist. Dagegen sehen ihn die Beamten als einen der Ihrigen an, er muß sie und den Vorstand des Darlehnsvereins, der sich mit den Behörden ebenfalls verbrüder hat, höflich grüßen. Vielleicht ist er so verschuldet gewesen, daß ihn nichts mehr retten konnte? Dies ist durchaus nicht erforderlich. Nur der Unterschied zwischen der Schätzung des Grundsteuerreinertrages und der allgemeinen Schätzung nach den allgemein herrschenden Bodenpreisen hat ihm moralische und materielle Verluste zugefügt, ferner auch das Abschließen der Hypotheken durch die Kaution und die Umänderung der Besizung in eine Ansiedlungsparzelle der Ansiedlungskommission.

Wenn er jetzt verkaufen will, so ist heut der Pole, der beste Käufer in der Gegenwart, der ihm früher nach den allgemeinen Bodenpreisen 15 000 Mark geboten hätte, als Käufer ausgeschlossen, während der Deutsche zunächst seltener in polnischen Gegenden Grund und Boden sucht und dann, wie jeder andere auch, die Lage ausbeutet. Er weist auf die Taxe hin und sagt, daß die Wirtschaft niemals mehr wert sei, als der kapitalisierte Reinertrag; er bietet also soviel, wie die Taxe beträgt, nämlich 12 000 Mark. Vergebens erklärt der Besitzer, daß die Kaufpreise im allgemeinen bedeutend höher seien und daß die Darlehnsgenossenschaft seine Einnahmen allzu vorsichtig berechnet habe. Nicht ohne Berechnung macht ihn der reflektierende Deutsche darauf aufmerksam, daß doch auch in den Händen des Käufers die Wirtschaft den Charakter einer Siedlung der Ansiedlungskommission behalten würde, die Kaution für die Mittelstandskasse hypothekarisch eingetragen bleiben, auch das Vorkaufsrecht für die Ansiedlungskommission zur niedrigen Taxe bestehen bleiben würde, daß im Falle eines Verkaufs ihm das ebenso schaden würde, wie es heute dem gegenwärtigen Besitzer schade.

Der Besitzer überlegt, ob er es vielleicht zur Zwangsversteigerung kommen lassen soll? Es werden dann Polen erscheinen und kaufen! Er irrt sich! Auf diese Art verschlimmert er nur die Lage. Das Vorkaufsrecht zur hypothekarisch eingetragenen Taxe von 12 000 Mark bleibt auch im Falle der Subhastation in Kraft. Gibt ein Pole 15 000 Mark und schlägt ihm der Richter die Wirtschaft zu, dann nimmt die Ansiedlungskommission sie ihm für 12 000 Mark ab! Und dem Besitzer hilft kein Klagen; denn eine solche Bedeutung besitzen die Vollmachten und die hypothekarischen Eintragungen. Aber darin hat der Besitzer recht, daß ihm jene, die ihn so beharrlich zur Mittelstandskasse geschickt hatten, vorher hätten alles erklären müssen. Freilich kann man auch bei der allerobjektivsten Betrachtung der Institutionen der Mittelstandskasse und der Bauernbank keinen anderen Begriff bekommen als den, daß die pflichtgemäße Überredung der Beamten einerseits und der Mangel an Verständnis für die Sache seitens der Besitzer die Zahl der Kunden dieser Institutionen vermehrt.

Man hat dreist Losungen verkündet, denen man nicht ohne Gefahr laut widersprechen kann und deren Intensität nicht jeder Besitzer zu widerstehen versteht, die in diesem Staate eine solche Gewalt haben, daß hier und dort sogar vermögende Besitzer sich der Regulierung dieser Banken unterwerfen. Der praktische aber auch schwerfällige deutsche Besitzer rechnet sich aus, daß die Mittelstandskasse ihm die Hypotheken von den ältesten Eintragungen reinigt, wozu er sich bis dahin nicht aufgerafft hatte, ferner daß er von jetzt an billiges, nämlich 4prozentiges Geld haben wird, während die Banken, die ersttellige Hypotheken gewähren, in der Regel allerdings $4\frac{1}{2}$ Prozent nehmen, und er kalkulierte nach früheren Mustern, daß dort, wo

die Ansiedlungskommission tätig ist, Geld in schwerer Menge vorhanden ist, und die Ansiedlungskommission sicher Verluste erleidet. Von dem Vorkaufsrecht, von dem Schließen der Hypotheken durch die Kaution hat er entweder nichts gehört, oder es ist ihm dies als eine unschuldige Sache geschildert worden. Er hat schließlich nicht die Absicht, seine Besizung zu verkaufen, und an einen Deutschen wird er sie auch zum höchsten Preise weiterverkaufen dürfen! Dagegen rechnet er auf die Amortisation, d. h. daß seine Besizung einstmals schuldenfrei sein wird. Einstmals! — wenn er keine Kinder hätte und es vor Ablauf der Amortisation in der Regel nicht zur Teilung oder zum Verkauf kommen würde. Und wenn er kalkuliert hat, daß er, im Falle er eine größere Summe gebrauchen würde, einen Teil der amortisierten Summe von der Landschaft erhalten würde, wozu die Schuldner der Landschaft berechtigt sind, dann befindet er sich im Irrtum, denn er hat zugunsten des von der Ansiedlungskommission erhaltenen Darlehns auf dieses Recht verzichtet. Der amortisierte Betrag muß vielmehr gelöscht, oder zur Bezahlung der Ansiedlungskommission verwendet werden.

In der Regel kommt auch für den gut gestellten Besitzer, der den eigenartigen Geschmack hatte, seine Freiheit zu knebeln, die Zeit, in welcher er erkennt, daß er unklug gehandelt hat und daß man ihm nicht in seinem Interesse diese Ratschläge erteilt hat.

Aus Nr. 144 des Lech (Gnejen)

vom 25. Juni 1911:

Mittelstandskasse und Bauernbank.

III.

Die deutschen Darlehnsvereine vegetierten nur gerade so mit ihrem deutschen Phlegma und verstanden es nicht, eine Attraktionskraft zu sein und Leben zu erwecken. Die Regierung verfuhr also mit ihnen nach ihrer Art, sie spannte sie nämlich vor ihren antipolnischen Wagen. Indem sie die Mittelstandskasse und die Bauernbank einrichtete, vereinigte sie sie mit Vereinen und stellte sowohl die Banken als auch die Vereine zwischen die Ansiedlungskommission und die Besitzer. Sie drang auf diese Weise bis zum Bauern vor. Es ist dies ein klassisches Beispiel der Zentralisation, um desto besser zu zentralisieren.

Schon die Organisation der Mittelstandskasse und der Bauernbank verrät klar und deutlich die Absicht der Regierung. Denn den Vorstand beider Institutionen bilden die Direktoren der Landesgenossenschaftsbank (zum Offenbacher Verbands gehörig) und der Provinzialgenossenschaftskasse (dem Rastseiner Verbands angehörig). Und die Vertreter der Direktoren dieser Banken sind gleichfalls die Vertreter der Direktoren in der Mittelstandskasse in Posen und in der Bauernbank in Danzig. Die Absichten der Regierung führen also die Vorstände der Verbandsbanken für die Genossenschaften durch. Sie senden Agenten aus, um die Besitzer zu überreden, sich der Regulierung zu unterwerfen, sie üben jene umfangreiche Tätigkeit aus, die durch ihren Umfang und ihre unermüdbliche Energie alle in Erstaunen versetzt. Sie führen den Schriftwechsel mit den Behörden und vor allen Dingen mit den Landräten, sie führen Listen über die Gemeinden mit gemischter Bevölkerung und die Besitzumsstatistik in diesen Gemeinden.

Sie machen die örtlichen Darlehnsvereine von vornherein in entsprechender Weise arbeitsfähig, dafür informieren sie Posen und Danzig über bedrohten Grund und Boden in ihren Gegenden und über die

Art des Vorgehens, damit hier der Pole nichts kaufen und man dort vom Polen etwas erwerben kann. In dieser Richtung führen sie ihren Schriftwechsel, informieren dann die ihnen zugeordneten Agenten und erteilen ihnen praktische Ratschläge. Sie haben auch Anträge und Vollmachtsformulare vorrätig, die nur vom Besitzer für die Mittelstandskasse und die Bauernbank unterschrieben zu werden brauchen, und sie agitieren für diese Unterschrift.

Das Hauptgewicht legen die Mittelstandskasse und die Bauernbank und nach ihnen die deutschen Genossenschaften auf die Regulierung der Hypotheken ganzer Gemeinden. Und zu diesem Zweck ist sogar eine Belohnung für die artigen Besitzer ausgedacht worden! Von den 4% der Rente des ersten Jahres gibt die Genossenschaft der Ansiedlungskommission nur $\frac{1}{2}$ % (nach Abzug von $\frac{2}{10}$ ihrer Provision) und $3\frac{1}{2}$ % behält sie als Spezialfonds und verwaltet ihn unter der Aufsicht der Mittelstandskasse. Der Fonds wird durch die anwachsenden Zinsen und durch die erstjährigen $3\frac{1}{2}$ % der Renten bei allen weiteren Hypothekenregulierungen in der betreffenden Gemeinde größer. Für den Augenblick soll dieser Fonds zur Sicherung der Genossenschaft für ihre Bürgschaft gegenüber der Ansiedlungskommission dienen, und nach Verlauf von 15 Jahren, wenn die Bürgschaft abläuft, soll er der betreffenden Gemeinde dienstbar gemacht werden, jedoch nur dann, wenn die ständige deutsche Mehrheit gesichert ist. Dann soll die Mittelstandskasse ein Stück Land bis 3% des Gemeindebesitzes, kaufen und es der Gemeinde als Vermögen den Gemeindemitglieder zum gemeinsamen Gebrauch übergeben und zwar — unentgeltlich. Die polnischen Gemeindemitglieder — und mögen sie noch so arm sein, sind vom Mitgebrauch ausgeschlossen, und von den Deutschen jene Besitzer, die mehr als $1\frac{1}{2}$ Hektar besitzen. Es handelt sich also um einen Köder für die ärmeren deutschen Bauern, damit sie dadurch, daß sie sich der Regulierung durch die Mittelstandskasse unterwerfen, den Behörden dazu behilflich sind, die Gemeinde völlig zu beherrschen. Es soll in ihnen möglichst schnell ein Schaßfall und ein Schäfer sein!

Im weiteren Verlaufe führt der Verfasser aus, daß die mit der Mittelstandskasse und der Bauernbank arbeitenden Vereine politische sind. Nach § 81 des Genossenschaftsgesetzes kann eine Genossenschaft aufgelöst werden, wenn sie irgendwie gegen das Gesetz handelt, irgendwie das allgemeine Wohl gefährdet, oder wenn sie andere Ziele verfolgt, als der § 1 der Satzungen anführt, d. h. andere als die Unterstützung des Erwerbes und der Wirtschaft der Mitglieder.

Keiner zweifelt daran, daß die deutschen Vereinigungen einen anderen Zweck, d. h. einen politischen, ihrem Erwerbsziel hinzugefügt haben. Folglich können alle mit der Mittelstandskasse und der Bauernbank arbeitenden deutschen Vereinigungen aufgelöst werden, und wenn es polnische wären, dann hätten die in Frage kommenden Regierungspräsidenten sicherlich vor dem Verwaltungsgericht diesbezügliche Klagen erhoben.

Aber auch die zweite Bedingung für die Anwendung des § 81 des Genossenschaftsgesetzes trifft zu. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das zielbewußte Streben, die Hälfte der Bürger von der Möglichkeit des Erwerbes der Hälfte der Besitzungen auszuschließen, und dies in einem Lande, in welchem ihre Sprache, ihre Sitten und Gebräuche vorherrschen, das Wohl dieser Hälfte der Bürger gefährdet. Und das zielbewußte Streben dieser Vereinigungen ist ungesetzlich, denn als ein politisches widerspricht es an und für sich dem Gesetz, auf das wir soeben hingewiesen haben.

Die Genossenschaften dürfen zur natürlichen Entwicklung der Verhältnisse nicht im Widerspruch stehen.

In Anerkennung dieser Wahrheit haben sich einige Regierungen der Bundesstaaten, unter diesen namentlich die preussische Regierung bemüht, in die Exklusivität der Genossenschaften Breche zu legen, indem sie vom Parlament Kantelen verlangten, daß sich diese Vereinigungen nicht mit öffentlichen Angelegenheiten befassen sollten. Bis plötzlich die Regierung in Berlin die Genossenschaften in den polnischen Landesteilen selbst bewog, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen, aus ihnen antipolnische Soldaten machte und ihnen dafür einen Sold gewährte, nämlich $\frac{2}{10}\%$ von den Darlehen der Ansiedlungskommission.

Und weiter. Der § 149 des Gesetzes bedroht die Vorstände der Vereinigungen mit einer Geldstrafe bis zu 600 Mk., wenn ihre Tätigkeit einen andern als den im § 1 festgelegten Zweck verfolgt und wenn die Vorstände in der Generalversammlung Verhandlungen über öffentliche Angelegenheiten zulassen, deren Besprechung unter das Vereinsgesetz fällt. Inzwischen verfolgen die Vorstände der Vereinigungen hier „con amore“ politische Ziele und die Staatsanwaltschaft leitet gegen sie kein Strafverfahren ein. Und die Vorstände gestatten nicht nur, in der Generalversammlung antipolnische Angelegenheiten öffentlich zu besprechen, sondern sie sind selbst gezwungen, in ihrem Jahresbericht der Generalversammlung mitzuteilen, welchen Gewinn die Genossenschaft aus ihrer Mitarbeit mit der Mittelstandskasse bzw. der Bauernbank ($\frac{2}{10}\%$) gezogen hat, und was mit dem Fonds ($3\frac{1}{2}\%$) geschehen ist, der als Geschenk für die politisch regulierten Gemeinden bestimmt ist. Und über den Bericht des Vorstandes muß sachungsgemäß diskutiert werden, damit die Generalversammlung dem Vorstand Entlastung erteilen kann. Und die Staatsanwaltschaft sieht dennoch nicht die Notwendigkeit, einzuschreiten!

Aber die Regierung hat unzweifelhaft eine gewisse Berechtigung, wenn sie kalkuliert: Wer wird mich überzeugen? Wer wird mich zu einer Änderung zwingen? Wenn auch dem Schließen der polnischen Genossenschaften die Haltung des Parlaments und die Gesetze im Wege stehen, so wird in Deutschland doch niemand im preussischen Regierungspräsidenten und Staatsanwälte zwingen, gegen die deutschen Genossenschaften, denen ich meine Politik aufgezwungen habe, einzuschreiten.

Aus Nr. 145 des Lech (Gnesen)
vom 27. Juni 1911:

Mittelstandskasse und Bauernbank.

IV.

Der Mittelstandskasse haben Kapital gewährt:

1. Die Ansiedlungskommission (ob in übereinstimmung mit ihren Satzungen?) 400 000 Mk.
2. die Posener Genossenschaftsbank . . . 400 000 "
3. die Provinzial-Genossenschaftskasse in Posen 400 000 "
4. die Landbank in Berlin 300 000 "

Summa 1 500 000 Mk.

Der Deutschen Bauernbank für Westpreußen in Danzig haben Kapitalien gewährt die Ansiedlungskommission, die Landbank und die entsprechenden Provinzialbanken der deutschen Genossenschaften.

Im November 1907 brachte Fürst Bülow im Abgeordnetenhaus das Enteignungsgesetz ein, das vor allen Dingen gegen den polnischen Großgrundbesitz gerichtet war. Gleichzeitig forderte er Kredite für die Mittelstandskasse und die Bauernbank, und zwar ausdrücklich zur Sicherung des deutschen Großgrundbesitzes, um den Übergang in polnische Hände zu verhüten.

Wie das Verbot der polnischen Ansiedlung auf Parzellen vor allen Dingen die Bauern traf und die Gründung der Mittelstandskasse und Bauernbank zur Sicherung des Kleingrundbesitzes veranlaßte, so dachte auch die Regierung, als sie die polnischen Güter enteignen wollte, an die Sicherung des deutschen größeren Grundbesitzes.

Der Zusammenhang der Enteignung mit der Arbeit der Mittelstandskasse und der Bauernbank tritt hier offen hervor. Man kann höchstens so viele Morgen enteignen, als man deutsches Land vor dem Erwerb durch Polen gesichert hat. Auf diese Weise wird für das Deutschtum noch kein Gewinn herauskommen. Ein Gewinn auf seiner Seite wird unzweifelhaft erst dann vorhanden sein, wenn die Mittelstandskasse und die Bauernbank ihre ganze Arbeit beendet haben, d. h. wenn die enteigneten Polen nicht mehr deutsche Güter finden werden, die sie erwerben können.

Die Arbeit der Mittelstandskasse und der Bauernbank ist noch immer von einem gewissen Geheimnis umgeben, sogar nach der großen Rede des Fürsten Bülow am 27. November 1907. Denn der Reichskanzler hatte allerdings damals einige bezeichnende Dinge über diese Banken gesagt, vor allen Dingen hatte er aber damals über die Enteignung gesprochen. Es geschah also, was häufig geschieht der größere Eindruck verwichte den geringeren. Die Enteignung ist auch heute noch, wenn man sie auch nicht anwendet, nach der heimlichen Ansicht der Regierung die Quelle der ständigen polnischen Konfustation. So ist z. B. die polnische Parzellierungstätigkeit, wenn sie auch seit der Novelle vom 1. August 1904 durch kein neues Gesetz eingeschränkt ist, mit dem Augenblick der Annahme des Enteignungsgesetzes fast völlig zum Stillstand gekommen.

Man muß auch zugeben, daß die lange gequälte Volksgeamtheit einen im Bette liegenden kranken Menschen gleich geworden ist, der unter einem starken Eindruck sich zeitweilig emporrafft, sich erhebt und seine Kräfte für irgend eine Tätigkeit sammelt, dann aber erschöpft wieder zurücksinkt. Auf das Verbot, uns eigene Heime zu errichten, strengten wir unsere Gedanken an und fanden auch Rat; als aber mit größerer Gewalt uns die Enteignung traf und uns infolgedessen die Haare zu Berge standen, da stifteten die uns nicht verständlichen Institutionen „Mittelstandskasse“ und „Bauernbank“ Unheil im Lande, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Aus dem, was wir aus der Broschüre des Herrn Palejzki über die Mittelstandskasse und die Bauernbank angeführt haben, haben sich sicherlich unsere Leser völlig klar überzeugt, wie gefährlich diese Institutionen sind. Gib ihnen den Finger und — sie verlangen sofort die ganze Hand. Du wirst sie niemals mehr los und es ergibt sich hierraus finanzieller Ruin und nationale Schande.

Also Vorsicht, ihr polnischen Bauern, vor diesen Wölfen in Schafspelzen!

Aus Nr. 12 der Sila (Posen)
vom 25. Juni 1911:

Aus der Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung.

(Fortsetzung)

Heute sei die „polnische Berufsvereinigung“ eine Organisation, mit der man rechnen müsse.

Alsdann gab Redner einen Überblick über das Verhältnis der „Vereinigung“ zu anderen Verbänden.

Die Zahl der Mitglieder stellte sich am Schlusse des Jahres 1910 wie folgt dar:

Im Jahre 1903 = 5000, im Jahre 1904 = 11500, im Jahre 1905 = 25 000, im Jahre 1906 = 40 000, im Jahre 1907 = 47 000, im Jahre 1908 = 48 000, im Jahre 1909 = 56 183, im Jahre 1910 = 66 970 Mitglieder.

Davon entfielen auf die **Abteilung der Bergarbeiter 38 387 Mitglieder in 283 Filialen**, auf die **Abteilung der Hüttenarbeiter 21 386 Mitglieder in 103 Filialen** und auf die **Abteilung der Handwerker und Arbeiter 8 192 Mitglieder in 118 Filialen**.

In der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis zum 31. Dezember 1910 waren auf Veranlassung des Zentralvorstandes 258, auf Veranlassung des Vorstandes der Abteilung der Bergarbeiter 2067 **Sitzungen und öffentliche Versammlungen** und 396 **außergewöhnliche Versammlungen** abgehalten worden. Referate seien vom Zentralvorstande aus in 253 Versammlungen, vom Vorstande der Abteilung der Bergarbeiter aus in 1032 Versammlungen, vom Vorstande der Abteilung der Hüttenarbeiter aus in 589 und in 45 Vereins- und in 61 öffentlichen Versammlungen gehalten worden.

Es seien im ganzen Aufrufe in etwa 1 Million von Exemplaren verteilt worden.

Zwecks Ausbildung von Kandidaten zu Knappschafts-ältesten und Sicherheitsmannschaften habe man in den Filialen Lokalkurse veranstaltet.

Für die Presse seien im Jahre 1910 18 849 Mk. ausgegeben worden. Der „Głos Gornika“ erscheine in über 60 000 Exemplaren. Außerdem erschienen als Verbandsorgane die „Wzajemna Pomoc“ und die „Sila“.

Der Rechtsschutz habe eine Ausgabe von 28 696 Mk. erfordert. An Sterbegeldern seien 24 168 Mk. ausgezahlt worden. Die Krankenunterstützung belaufe sich auf 110 156 Mk., die Reiseunterstützung auf 4839 Mk. An Arbeitslosenunterstützung seien gezahlt worden 14 735 Mk., an **Streifgeldern 120 997 Mk.**

Der 1½stündige Vortrag des Herrn Sosinski wurde sehr beifällig aufgenommen.

Während der Rede des Herrn Sosinski betraten den Saal Kanonikus Lisiecki, der Generalsekretär des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter, und Geistlicher Grzenda, der Generalschriftführer des Verbandes der Vereine erwerbstätiger Frauen. Beiden wurde ein herzlicher Empfang bereitet.

Über den Bericht des Vorsitzenden Sosinski entspann sich eine überaus umfangreiche Diskussion.

Der Delegierte aus Berlin, Kamerad Nikolaus Rader, legte Gewicht auf die Aufklärung des Volkes in der Heimat, damit der Arbeiter, wenn er in die Fremde geht, wüßte, wo und mit wem er sich zusammenschließen könnte. Er beklagte sich darüber, daß in Berlin nur etwa 1000 Arbeiter der polnischen Organisation angehören, obwohl ihr an 10 000 angehören könnten.

Der Delegierte der Zersifiger Filiale meinte, unsere polnisch-katholischen Vereine sollten in ihrer Mitte Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen nicht dulden. Leider komme es vielfach vor, daß in unsere Vereine, namentlich in die Arbeitervereine, solche Leute selbst mit Einverständnis der geistlichen Patrone aufgenommen würden.

Der Delegierte aus Schroda besprach das traurige Verhältnis der katholischen Vereine polnischer Arbeiter zur „Vereinigung“ und behauptete, daß diese Vereine

der Entwicklung der polnischen Berufsorganisation geradezu hinderlich seien. Er meinte, den Arbeitervereinen sollten nur Landarbeiter beitreten, die vom Koalitionsrecht ausgeschlossen seien, die gewerblichen Arbeiter dagegen müßten sich in der „Vereinigung“ zusammenschließen.

Daraufhin ergriff das Wort Kanonikus Lisiecki; er wünschte im Namen des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Zukunft Glück und wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Behauptung des Vorredners. Die Arbeiterbewegung solle sich nach zwei Richtungen hin bewegen, nach der beruflichen und kulturell aufklärenden. Die erste Richtung solle die „Vereinigung“, die zweite sollten die Arbeitervereine wählen. In der Sache selbst bereite der Verband der katholischen Vereine polnischer Arbeiter seine Mitglieder durch die Aufklärung vor, sich in der eigenen Berufsorganisation zusammenzuschließen.

Kamerad Nowicki gab zu, daß noch viele Geistliche vorhanden wären, welche die Entwicklung der Vereinigung zielbewußt zu hemmen suchten. Er hob mit Nachdruck hervor, daß der Geistliche, der in seiner Pfarochie die Gründung einer Filiale der Vereinigung hindere, nicht instande sei, der Gründung einer sozialdemokratischen Organisation entgegenzutreten.

Geistlicher Lisiecki meinte, wenn in manchen Pfarochien so etwas vorkomme, wie soeben gesagt worden sei, so beruhe das nur auf einem Mißverständnis einzelner Individuen. Der Vorstand der Arbeitervereine sei überzeugt, daß beide Organisationen nebeneinander arbeiten könnten und forderte zu gemeinsamer Tätigkeit auf.

Der Delegierte Mankowski aus Westfalen stimmte den Ausführungen des Geistlichen Lisiecki zu und meinte, die Grundlage des Bestehens der polnischen Organisationsidee sei die Arbeit in den polnisch-katholischen Vereinen. Er machte ferner aufmerksam auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der polnischen Arbeiter in der eigenen Organisation. Wenn der polnische Arbeiter die Idee des Sichzusammenschließens verstehen werde, dann würden die uns feindlichen Elemente mit uns rechnen müssen. Zum Schlusse empfahl er, sich mehr als bisher unserer Brüder in Oberschlesien anzunehmen, wo auf dem erwerblichen Gebiete des polnischen Arbeiters geradezu unerhörte Verhältnisse herrschten. Redner stellte die Bedrückung des polnischen Arbeiters in Oberschlesien in so grellen Farben dar, daß so mancher Zuhörer zu Tränen gerührt wurde.

Der Vorsitzende der Abteilung der Hüttenarbeiter, Kamerad Przybyla aus Königshütte, sprach über die Schwierigkeiten, mit denen die „Vereinigung“ in Schlesien zu kämpfen hat, und zwar nicht allein über die, die ihr von seiten der Regierung bereitet werden, sondern auch von unseren vermeintlichen Zentrumsfreunden und den deutschen katholischen Geistlichen.

Um 1½ Uhr trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagsberatungen begannen um 3 Uhr. Der Kassierer des Hauptvorstandes Kamerad Wiczorek, erstattete den Kassenbericht für 1910. Wir entnehmen ihm folgendes:

Aus dem Jahre 1909 befanden sich in der Kasse 3823,02 M. In Banken befanden sich 553 421,50 M. Im Jahre 1910 sind an die Bank gesandt worden 149 000 M. Die Beiträge der Mitglieder betrugen 627 540,02 M. und zwar die der Abteilung der Bergarbeiter 454 515,10 M., die der Abteilung der Hüttenarbeiter 96 308,09 M., die der Abteilung der Handwerker und Arbeiter 75 089,29 M.

Die Bilanz weist am Schlusse des Jahres 1910 in **Einnahme und Ausgabe** die ansehnliche Summe von 1259 390,10 M. auf.

Unter den Ausgaben verdienen folgende Positionen hervorgehoben zu werden:

Sterbegeld 24 168 M.

Arbeitslosenunterstützung . 14 735 "

Streikunterstützung . . . 120 997 "

Das **Vermögen** der Vereinigung beträgt 726 413,90 M. Es hat sich gegen das Vorjahr gehoben um 154 015,23 M.

Der Kassierer der Abteilung der Handwerker und Arbeiter, Kamerad Trzebnia, verlangte, daß die Streikunterstützungen durch die Abteilungsstände und nicht durch den Zentralvorstand ausbezahlt würden.

Die Delegierten aus Zabrze, Leipzig, Dortmund und Posen besprachen die Sache der Lokalkassen, die einen halten sie für gut, die anderen für die Organisation verderblich.

Dem Kassierer des Zentralvorstandes wurde fast einstimmig Entlastung erteilt.

Der Schriftführer des Zentralvorstandes Kamerad Rymer, erstattete Bericht über die Tätigkeit des Hauptsekretariats. Die Statistik zeigt, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. Dezember 1910 19 271 Briefe eingegangen und 19 560 Briefe abgesandt worden sind.

Zum Schlusse verlas der Protokollführer der Generalversammlung die von verschiedenen Filialen und Privatpersonen eingegangenen 73 Telegramme, unter denen sich auch solche von den Abgeordneten Seyda, Dr. von Niegolewski und A. Brejski befanden.

Um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends schloß der Vorsitzende die Versammlung und gab bekannt, daß die weiteren Beratungen am nächsten Tage, vormittags 9 Uhr beginnen würden.

(Schluß folgt.)

Aus Nr. 26 des Przemyslawiec (Posen)
vom 25. Juni 1911:

Chelmce.

In der am 28. Mai cr. abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Industrie-Vereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Pluta aus Hohenfalsa: Vorsitzender,
B. Ratke-Chelmce, stellvertr. Vorsitzender,
Fr. Chwalisz, Schriftführer,
K. Matuszewski, Kassierer,
P. Abramowski, Bibliothekar.

Aus Nr. 141 des Oredownik (Posen)
vom 23. Juni 1911:

Die Hakatisten in Schrimm.

Das Abhalten der Fronleichnamprozession verbietet sich! drohte der Bürgermeister der Stadt Schrimm, Herr Schorstein, dem Ortspfarrer. Um die Erfüllung der Drohung und die Erbitterung und Empörung der Massen des polnischen Volkes zu verhindern, reiste der Probst persönlich ins Ministerium nach Berlin, welches nach Darlegung der Angelegenheit den Herrn Bürgermeister belehrt hat, was er tun darf und was nicht. Trotz der Drohung des Herrn Bürgermeisters fand die Fronleichnamprozession wie früher auf dem Markte unter Teilnahme einer

ungezählten Masse von Gläubigen erhaben und majestätisch statt.

Seit der Zeit der Herrschaft unseres Königs Johann Kasimir im 17. Jahrhundert war die Schützengilde in Schrimm durch von diesem Könige bestätigten Statuten verpflichtet, an der Fronleichnamprozession bewaffnet teilzunehmen und in derselben die Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Sitte wurde von der Gilde in Schrimm von jener Zeit bis zum vorigen Jahre ununterbrochen beachtet. Nach so vielen Jahrhunderten sehen wir in der diesjährigen Prozession keine neben dem Allerheiligsten schreitenden Schützen, denn die Hakatisten haben uns die Schützengilde samt ihrem Vermögen genommen.

In der nordwestlichen Ecke des Marktplatzes steht seit undenklichen Zeiten ruhig eine Muttergottesfigur. In gerader Linie mit derselben vor dem Rathaus hat vor nicht allzulanger Zeit der Kriegerverein sein Denkmal aufgestellt. Seit zwei Wochen läuft das Gerücht, daß jene Muttergottesfigur den Herren Hakatisten und Juden in die Augen steche und daß jene darüber nachdächten, wie man sie von dem Marktplatz entfernen könnte. Wir können es nicht glauben, daß dies auf Wahrheit beruhen kann, aber im Lande der „Gottesfurcht“ ist alles möglich. Sollen derartige Gerüchte die sowieso schon erregten Gemüter der polnischen Bevölkerung Schrimms etwa beruhigen?

Angeichts einer solchen Handlungsweise der hakatistisch-jüdischen Clique möge das polnische Volk immer an seine heilige Pflicht der Unterstützung der Landsleute denken und alle seine Bedürfnisse nur in polnischen Läden befriedigen. Es kann nicht angenommen werden, daß das polnische Volk auch weiterhin das dumme Kalb sein will, welches sich seine Schlächter selbst wählt, eingedenk des deutschen Sprichworts „Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihre Metzger selber“. Übrigens predigt das ganze Deutschtum und Judentum in Schrimm auf Befehl von oben uns gegenüber denselben Grundsatz und meidet konsequent die polnischen Läden. In Anbetracht der Verhältnisse, die heute bei uns herrschen, wird so mancher Jude und Hakatist sich anstrengen, um das polnische Volk von seiner angeblichen Zuneigung für dasselbe zu überzeugen.

Wie gut indes diese Herren an uns denken, das haben sie wiederum vorige Woche bewiesen, wo sie in der Stadtverordnetenversammlung gegen die polnischen Stimmen ihren Liebling Herrn Schorstein auf weitere 12 Jahre zum Bürgermeister der Stadt Schrimm wählten, damit dieser uns mit seiner schneidigen Politik auch weiterhin beglücken kann.

Künftigen Sonntag, den 26. d. Mts., soll das erste diesjährige Schießen der durch die Hakatisten in ihre Gewalt gebrachten Schrimmer Schützengilde stattfinden. Diejenigen Herren, die bei der Wegnahme unserer Gilde sich so glänzend ausgezeichnet haben, werden mittags in den Straßen unserer Stadt einen stolzen Umzug veranstalten, um dem polnischen Volke zu dokumentieren, was auf unserm uralten Boden ein Hakatist und Jude unter dem Schutze der preussischen Polizei bedeutet. Früher nahm eine große Menge polnischen Volkes an den Pfingstfeierlichkeiten der Schützengilde fröhlichen Anteil. Künftigen Sonntag wird kein Pole dort sein, kein polnischer Fuß wird den uns genommenen Boden des Schützenhauses betreten. Das fühlt und versteht jeder, der seine nationale Würde achtet, sehr gut.

Aus Nr. 144 des Orędownik (Posen)
vom 27. Juni 1911:

Posen, den 26. Juni 1911.

Aus unseren Verhältnissen.

Aus Buk schreibt unser Korrespondent:

Weil die Interessierten sich nicht gedrungen fühlen, in dieser so wichtigen Angelegenheit das Wort zu ergreifen, wird es nicht unzeitgemäß sein, diese Sache zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Vor einigen Jahren kaufte sich hier der schon verstorbene Wyżomirski an, indem er ein Gasthaus für 54000 M. erwarb. Nach Ablauf eines Jahres wollte W. jenes Gasthaus verkaufen, es gab eine Masse polnischer Käufer, doch der Kreisauschuß wollte einem Polen den Konsens zum Auskauf von Schnaps usw. nicht erteilen. Daher konnte W. sein Besitztum nicht veräußern. Endlich fand sich ein guter Pächter für das Gasthaus. Doch was tut der Kreisauschuß? Auch diesem Manne erteilte er den Konsens nicht, obwohl er unbescholten war. Durch den Verkauf des Gasthauses an einen Polen oder durch Verpachtung seines Eigentums hätte W. seine materielle Existenz bis zu seinem Tode sicher stellen können. Wozu führt aber nicht die Verzweiflung! W. fing an, sich stark zu vergessen, das Geschäft ging immer mehr herunter, so daß das Gasthaus zur Subhastation kam. In dieser kaufte Herr Krolikowski das Gasthaus um 25000 M. billiger als seiner Zeit W. dafür gezahlt hat. Daher verlor W. auf seinem Besitztum sein ganzes Vermögen, welches er in jüngeren Jahren erworben hat und verfiel in die größte Armut. Die Familie war zahlreich und alle arbeitsunfähig. In dieser Armut ist W. in Posen im Alter von 50 Jahren, also noch verhältnismäßig jung, gestorben.

Aber auch Herrn Krolikowski hat der geehrte Kreisauschuß den Konsens — trotz mehrmaliger Anträge — nicht erteilen wollen. Die Klage wider den Kreisauschuß um Erteilung des Konsenses wurde abgewiesen. Aus diesem Grunde ist Herrn K. nichts anderes übrig geblieben, als das seit undenklichen Zeiten in polnischen Händen sich befindende Gasthaus zu verkaufen. Endlich fand sich ein evangelischer Deutscher, der das Gasthaus für einen sehr niedrigen Kaufpreis erstand. Dieser Deutsche brauchte um den Konsens keine Angst zu haben. Es ist selbstverständlich, daß K. durch diesen Zwangsverkauf kaum sein Geld hat retten können.

Nach der Übernahme des Gasthauses durch den Deutschen hat dieser sofort Waren eingekauft, als ob er schon im Besitze des Konsenses wäre. Ach, und er hatte Recht; denn nach einigen Tagen bekam er ihn vom Kreisauschuß, der ihn einig en-Polen verweigert hatte, erteilt. Hier haben wir ein Bildchen der „Gleichberechtigung“ im Staate der Gottesfurcht.

Ich kann auch folgende Sache, die sich mir in die Feder drängt, nicht verschweigen. Seit etwa drei Jahren fing die Ansiedlungskommission an, uns mit Kolonisten, die aus Rußland und Österreich herbeigeholt wurden, zu beglücken. Von diesen importierten Leuten will ich nach dem, was der Abgeordnete von Trompczynski über sie gesagt hat, nichts mehr schreiben. Unser geehrter Abgeordnete hatte Recht. — Er hat sie gründlich erkannt!

Ich will mir erlauben, die Verhältnisse unserer Kolonisten aus der Umgegend von Buk zu schildern, über die sich vor deren Eintreffen Herr Hirsch, ein Bucker Konservativer, in der Versammlung bei Grätz nach einem Lob der Ansiedlungskommission zu den versammelten Juden folgendermaßen ausließ: „Ha! meine Herren! Nur die Ansiedlungskommission ist

hier notwendig, und Ihr werdet sehen, was Ihr für Geschäfte machen werdet!“

Herr Hirsch, haben Sie sich in Ihren Erwartungen nicht getäuscht? Ich bin der Meinung, daß Sie ein großes „Fiasco“ gemacht haben. Was sind die Kolonisten? Das sind Leute, die sich untereinander streiten, auch in moralischer Beziehung viel sündigen und so viel prozessieren, daß die Behörden sich keinen Rat mehr mit ihnen wissen. Es fehlen die Worte für solche Elemente, mit denen man uns beglückt! Ich wiederhole noch einmal, der Abgeordnete von Trompczynski hat Recht gehabt. Ob die Kolonisten etwas von unseren Juden kaufen? „Nur sehr wenig!“ Herr Hirsch hat sich schrecklich getäuscht. Unsere Kolonisten, die in Buk kaufen, kaufen nur ausschließlich auf Kredit. Indes sind schon vier Kolonisten von ihren Parzellen ausgerissen und haben hiesige Kaufleute und Handwerker nicht um Hunderte, sondern um Tausende geschädigt. Es wird noch mehrere solcher geben, die, wenn ihre Zeit kommt, ebenso wie die ersten tun werden.

Ein Bucker Bürger.

Aus Ost- und Westpreußen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 23. Juni 1911:

Renegaten!

Seinerzeit haben wir mitgeteilt, daß einige Pastoren in den polnischen Landesteilen einen besonderen Verein zur Verbreitung des Evangeliums unter den deutschen Katholiken gegründet haben, und zwar besonders zur Gewinnung von Geistlichen und Klerikern für den Protestantismus. Gegenwärtig versendet dieser Verein an die westpreußischen Pastoren ein Rundschreiben, das in polnischer Übersetzung lautet: (Rückübersetzung ins Deutsche):

„Vier ehemalige katholische Geistliche bzw. Kleriker befinden sich gegenwärtig unter der Obhut und Pflege des mit Berlin und Brandenburg verbundenen ost-deutschen Zweigvereins zur Verbreitung des Evangeliums. Es mehrten sich die Anzeichen dafür, daß infolge des von Rom ausgehenden verschärften Gewissenszwanges auch in Deutschland die jüngere katholische Geistlichkeit sich nach Befreiung zu sehnen beginnt.

Wer denjenigen, die sich nach Befreiung sehnen, Zuflucht gewährt, hilft die späteren Apostel des Evangeliums für die katholischen Gegenden wappnen, der hilft das Licht des Gottesworts auf den Leuchter zu stellen, auf dem er allen im römischen Hause befindlichen leuchten kann.

Wir bitten dringend und herzlich um Liebesgaben, um Werbung von Mitgliedern und um Unterstützungen aus Kirchenkassen. Das Druckmaterial liefern wir kostenlos. Die Stunde ruft! Gott segne sie!

Im Auftrage des Vereins zur Verbreitung des Evangeliums. Gez.: Lic. Schulke, Professor und Pastor in Berlin W 15, Kaiserallee 1, E. Horst, Pastor in Berlin N 4, Invalidenstr. 4, und Kayser, Rechnungsrat, Schatzmeister, Friedenau bei Berlin, Schwarzendorfer Straße 6.“

Soweit der Aufruf des Vereins zur Verbreitung des Evangeliums unter den Katholiken in den polnischen Landesteilen. Es ist dort nicht gesagt, wer jene ehemaligen katholischen Geistlichen und Kleriker sind, die sich von ihrem Glauben losgesagt haben. Doch die polnische Volksgemeinde gebraucht ihre Namen nicht. Da wir erfahren haben, daß sich in den geistlichen Seminaren bezahlte Spione befinden, welche die polnischen Kleriker denunzieren, wissen wir auch, aus

welcher Kategorie sich die späteren Befenner des protestantischen Evangeliums rekrutieren.

Wir hatten auch Beispiele der Abtrünnigkeit bei Geistlichen, die im preußischen Solde stehen und aus anderen Diözesen zu uns gekommen sind. In Rogasen z. B. hat sich der Lehrer der katholischen Religion am Lehrerseminar verheiratet und ist zum Protestantismus übergetreten. Wir sehen immer deutlicher, daß es von dem durch die preußische Regierung bezahlten Geistlichen bis zum Verleugner des Glaubens nur ein kleiner Schritt ist. Und gerade diese Geistlichen spielen sich am lautesten als Katholiken auf, bis sie von den Rücksichten auf die Karriere nicht dort hingetrieben werden, wo sie aus innerer Überzeugung eigentlich schon lange hin gehört haben.

Möge die geistliche Behörde nur noch mehr solcher amtlicher Geistlichen hier zuziehen lassen, dann wird sie die Arbeit zur Verbreitung des Evangeliums unter den Katholiken bedeutend erleichtern. Ob aber das Ansehen der Geistlichkeit und Kirche darunter nicht leiden werden — das ist eine andere Frage.

Aus Nr. 75 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. Juni 1911:

An unsere Brüder Landarbeiter angesichts der bevorstehenden Ernte.

Liebe Brüder! Bald wird die Ernte beginnen.

Unsere polnische Volksgesamtheit ist bis jetzt überwiegend ackerbautreibend. Darum hängt auch von dem Erfolge des Landwirts der Erfolg der ganzen Volksgemeinschaft ab. Wenn es dem Landwirt gut geht, dann geht es auch dem Handwerker, dem Kaufmann, dem Arbeiter, mit einem Worte allen Ständen bei uns, oder der ganzen Volksgesamtheit gut. Der Landwirt kann aber nur dann von einem Erfolg sprechen, wenn die Ernte gut ausfällt, wenn nicht nur das Getreide gut gedeiht, reift und volle große Ähren hat, sondern wenn er es trocken und gesund einbringen kann.

Es ist bekannt, liebe Brüder, daß auf dem Grund und Boden, sei es auf Gütern oder auch auf größeren oder kleineren Wirtschaften sehr große Lasten ruhen. Und von der guten Ernte hängt es ab, ob sich so und so viele Wirte und Gutsbesitzer auf ihren Gütern und Wirtschaften halten werden. Diese Güter und Wirtschaften, auf denen sie sitzen, sind zwar Eigentum der Gutsbesitzer und Wirte, aber gleichzeitig sind sie auch Eigentum der ganzen Volksgemeinschaft **der ganzen polnischen Nation**. Und die Gutsbesitzer und Wirte, die auf ihnen sitzen, haben von Gott nur die Pflicht oder das Recht erhalten, sie zu verwalten, zu bewirtschaften, und sie zum Nutzen der ganzen polnischen Nation den kommenden Geschlechtern zu überliefern.

Unser polnisches Land ist also, das muß heute schon jeder verstehen, Eigentum der ganzen Nation, und zwar ein sehr wertvolles Eigentum, denn dieser unser heilige Boden ist von dem Blute derjenigen durchtränkt, die für den Glauben, auch eine Hauptgrundlage unserer nationalen Existenz, gefallen sind.

Von der kommenden Ernte und davon, ob sie reich ausfallen und ob sie trocken und gesund eingebracht werden kann, wird es abhängen, ob alle Güter und alle Wirtschaften, die sich gegenwärtig in polnischer Hand befinden, auch weiterhin in ihr verbleiben werden. Wenn die Ernte schlecht ausfällt, wenn das Getreide auf den Feldern umkommt, auswächst oder verfaut,

dann werden selbstverständlich viele Wirte und Grundbesitzer die Zinsen, Abgaben und andere Lasten, die auf den Gütern und Wirtschaften ruhen, nicht bestreiten können. Und dann wird der polnische Boden geschmälert werden. Denn Zwangsverkäufe und Subhastationen werden die Folge dieser Mißernte sein, und die verhungerte Ansiedlungskommission, die nur darauf lauert, daß der Pole strauchelt, wird sich einer reichen Beute erfreuen, denn auf den Subhastationen und Lizitationen wird sie bedeutende Flächen, polnischen Grundes und Bodens für einen Spottpreis aufkaufen.

Hunderte und Tausende polnischer Arbeiter aber, denen dieser polnische Grund und Boden Arbeit und Unterhalt gewährt, werden sich in fremden Gegenden herumdrücken müssen, wo sie für den hl. Glauben und für das Polentum verloren gehen können. Wenn dagegen die Ernte gut ausfällt, wenn die Gutsbesitzer und Wirte von den Feldern eine reiche Ernte machen, wenn sie das Getreide gesund und trocken in die Scheuer bringen werden, dann wird der polnische Boden, die Grundlage unserer nationalen Existenz, nicht nur nicht geschmälert werden, sondern für das Gold, mit denen sie die Mutter Erde beschenkt, wird mancher Streifen polnischen Bodens aus fremder Gefangenschaft befreit werden können, wodurch die Grundlage unserer nationalen Existenz erweitert und gestärkt wird. Und das Arbeitervolk, das bisher auf ihm Arbeit und Unterhalt gehabt hat, wird weiterhin ihn bearbeiten und von ihm leben können.

Wir haben oben ausführlich und eingehend dargestellt, welche Folge schlechte und gute Ernten für unsere polnische Volksgesamtheit haben können.

Und nun wenden wir uns auch Euch, liebe Brüder und Landarbeiter, **die Ihr bei polnischen Gutsbesitzern und Wirten arbeitet**, mit der heißen Bitte, daß ihr, soweit es in Euren Kräften steht, dazu beiträgt, daß die Ernte **für die polnischen Gutsbesitzer und Wirte** so gut wie möglich ausfällt, **denn das erfordert das Interesse unserer ganzen polnischen Gesamtheit**. Und von Euch, lieben Brüder, hängt in dieser Erntezeit sehr viel ab.

Unter Hinweis auf das in den letzten Jahren zumeist schlechte Erntewetter, zu notwendig werdenden Überstunden und zur Verrichtung von Arbeiten am Sonntage auffordernd, heißt es in dem Artikel weiter:

Und wenn Ihr auch gegen Euren Gutsbesitzer oder Wirt irgend einen Groll haben solltet, so vergeßet davon während der Erntezeit und tragt zu einer glücklichen Beendigung der Ernte bei. Wir bitten Euch nicht nur als Arbeiter herzlich darum, sondern wir bitten euch darum als Söhne dieses unseres polnischen Bodens, auf dem Ihr arbeitet, wir bitten Euch darum als Verteidiger dieses unseres heiligen polnischen Bodens. Und gerade in dieser Zeit könnt Ihr zeigen, daß Ihr diesen unseren polnischen Boden wirklich verteidigt und ihn nach Kräften verteidigen wollt. Wir haben schon öfter in unserem Blatt geschrieben, daß nicht nur die Gutsbesitzer und Wirte die Verteidiger unseres polnischen Bodens sind, sondern daß neben ihnen auch Ihr Brüder Arbeiter in des Wortes vollster Bedeutung Verteidiger dieses unseren heiligen Bodens seid. Die Gutsbesitzer und Wirte sind gewissermaßen die Generäle und Offiziere dieses unseres nationalen Militärs, das mit der Waffe ehrlicher und eifriger Arbeit um den polnischen Boden einen hartnäckigen Kampf gegen die Ansiedlungskommission

und gegen die preußische Regierung führt. Ihr Brüder Arbeiter, seid dagegen die Mannschaften dieses nationalen Militärs der — Arbeit, und unter dem Kommando der Gutbesitzer und Wirte führt Ihr diesen Kampf vor allen Dingen um die Verteidigung unseres Bodens.

Zeiget also, liebe Brüder Arbeiter, der Ansiedlungskommission, zeigt der preußischen Regierung und zeigt es dem ganzen Deutschland, daß ihr durch eifrigste Arbeit unter Aufbietung aller Kräfte während der Erntezeit den polnischen Boden verteidigen wollt und könnt. Zeiget vornehmlich den Polenfressern, daß ihr wollt, daß durch eure Schuld nicht ein Finger breit unseres Bodens in die Gefangenschaft der Ansiedlungskommission, der preußischen Regierung gerät. Zeiget es jetzt, wo die preußischen Polenfresser so laut und hartnäckig die Enteignung fordern. Zeiget, daß ihr nicht wollt, daß sich durch die Schuld des polnischen Arbeitervolkes der deutsche Michel und die deutschen Pfeifenraucher in unserem polnischen Lande breit machen.

Zeiget, daß je mehr sich die preußischen Polenfresser auf den polnischen Boden spizen und je mehr sie „Enteignet die Polen“ schreien, das polnische Arbeitervolk durch seine Arbeiter diesen unseren großen Schatz umso mehr und umso heißer verteidigen wird.

In den Schlusssausführungen des Artikels wird von den polnischen Gutbesitzern und Wirten gefordert, daß sie ihre polnischen Arbeiter wohlwollend und gerecht behandeln.

Aus Nr. 76 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 27. Juni 1911:

Dem
Westpr. Volksblatt zur Erwiderung:

Seit der Zeit, als das Westpr. Volksblatt in den Besitz einer Genossenschaft des deutschen Klerus und weltlicher Personen übergegangen ist, hat es sich durch Wohlwollen uns gegenüber nicht ausgezeichnet, aber in letzter Zeit überschreitet seine Bissigkeit geradezu die Grenzen des Anstandes. Das ist weder ein Zeitungskampf noch eine Reiberei politischer Parteien, was man in den Spalten des Volksblatts im Kampfe gegen uns erblickt, sondern eine direkte Kriegserklärung und ein Streben mit allen Mitteln — wenn selbstverständlich auch vergeblich —, eine polnische Institution, die ihm und seinen Hintermännern schon längst ein Dorn im Auge ist, direkt zu vernichten.

Wir fürchten diesen Krieg keineswegs und sind über die Existenz dieser Institution unbesorgt, denn sie steht auf viel sicheren und moralisch vielleicht auch viel gesünderen Füßen als unser Konkurrent.

Es geht uns also nicht um eine Verteidigung in dieser Beziehung, aber uns und der Volksgemeinschaft sind wir es schuldig, diese ganze Schändlichkeit des Vorgehens des Volksblattes öffentlich zu brandmarken und ihm eine gründliche Abfuhr zuteil werden zu lassen.

Das Volksblatt entrüstet sich, wenn wir von katholischen Fakatisten usw. schreiben. Aber wonach riecht, wonach sieht sein Denunziationsartikel gegen uns aus?

Das Volksblatt bläht sich vielleicht deswegen auf, weil einzelne Mitglieder der „geistlichen Behörde“ seine Anhänger sind und manche sogar Teilhaber dieser Genossenschaft.

Sie leiten die Diözese, folglich nimmt das Volksblatt an, daß es nach Belieben schalten und walten kann, daß es den Ton angibt und man ihm gehorchen müsse, andernfalls es die Geistlichen bei seinen Freunden und ihren Vorgesetzten anlagt.

Ist das nicht der Geist des echten Fakatismus?

Aber es werden vielleicht Zeiten kommen, in welchen auch unsere Diözesanbehörde ihren „Kurs“ ändern, in welchen sie sich von dieser Obhut lossagen und die Verteidigung der Rechte aller ihrer Diözesanen selbständig in die Hand nehmen wird; hat doch schon der verstorbene Bischof Redner vor seinem Tode zugegeben, daß nicht die Polen, sondern die Deutschen ihm Unannehmlichkeiten bereitet hätten.

Nur das wünschen wir uns, nur eine volle Gerechtigkeit für alle —, und dann sind wir überzeugt, daß sowohl das Volksblatt wie seine Hintermänner zwar anfänglich ungeheuren Lärm schlagen, später aber demütiger werden werden.

Ist es übrigens nicht eine Schande, daß das Volksblatt sachlich nicht zu kämpfen versteht, sondern gleich persönlich wird! Wenn wir es versuchen wollten, in ähnlicher Weise zu kämpfen, und anfangen würden, uns damit zu verteidigen, daß wir seine Teilhaber denunzieren und schlecht machen? Und wir kennen sie doch genau!

Dann würde das Volksblatt uns wohl Ehre und Glauben absprechen und anfangen, uns zu verklagen, wie die Germanisatoren-Geistlichen, und die Teilhaber (der Pielgrzym-Genossenschaft) würden wohl „suspendiert“ werden —, doch Gott sei gedankt, daß nicht jede beliebige Stimme bis zum Himmel reicht.

Nun zur Drohung selbst.

Glaubt denn das Volksblatt, daß es eine so leichte Sache wäre, die Geistlichen, welche Teilhaber des Vereins „Drukarnia i Księgarnia“ (Druckerei und Buchhandlung) sind, aus diesem Verein zu entfernen? Denkt es, daß ein Federzug dafür ausreichen würde?

Oder bildet es sich ein, daß der Herr Bischof in diesem Falle von dem letzten „motu proprio“ des Hl. Vaters Gebrauch machen könnte?

Möge es sich bei seinen Teilhaber-Geistlichen informieren, die es belehren werden, daß das nicht so leicht ist, wie es dem „allmächtigen“ Volksblatt scheint.

Und wenn es trotz alledem dazu kommen sollte, wenn wirklich nach langen Schwierigkeiten die Geistlichen aus unserem Verein austreten müßten, oder aber der Verlag des Pielgrzym von dem Verein „Drukarnia i Księgarnia“ abgesondert werden müßte, — glaubt denn das Volksblatt, daß es dann besser wäre?

Von den Teilhaber-Geistlichen beteiligt sich selten einer aktiv an der Redaktion des Pielgrzym, und die größere Hälfte der von Geistlichen herrührenden Artikel stammen aus der Feder anderer Geistlicher aus der Diözese. Doch nehmen wir an, daß die „geistliche Behörde“ auch ihnen verbieten würde (und das wäre noch schwieriger), überhaupt für polnische Blätter zu schreiben, — glaubt denn das Volksblatt, daß es dann besser sein würde?

Nach unserer Ansicht könnte das, abgesehen von der ungeheuren Erbitterung und der schärften Spannung der Verhältnisse in der ganzen Diözese, die fatalsten Folgen für unsere Kirche haben. Der Pielgrzym, der als Organ der Geistlichkeit gilt, hat — es sei dem wie es wolle — großen Einfluß und große Bedeutung. Mit dem Pielgrzym — wir wollen uns gar nicht loben und überheben — rechnet die Gesamtheit, sie läßt sich von seinen Ansichten und Anschauungen leiten. Wenn gerade ein solcher Pielgrzym fehlen würde, wenn unsere Blätter ganz radikale Elemente beherrschen und sie regieren würden, dann würde es schlechter bestellt sein als jetzt. Denket nur nicht, ihr Herren vom Volksblatt, daß es dann gelingen würde, alle (Geistlichen) zu Zentrumsleuten zu machen, und daß ihr dann allmächtig regieren könntet! Denket nur nicht, daß dann das Wort des Geistlichen von der Kanzel dem Bösen vorbeugen könnte! Wir erinnern nur an die Worte des gegenwärtigen Hl. Vaters, daß, wenn der Hl. Paulus

jetzt lebte, er eine gute katholische Zeitung gründen würde, anstatt seine Apostelreise zu machen. Und eine solche wirklich aufrichtig katholische Zeitung ist, war und wird der Bielgrzym sein. Der Bielgrzym hat die kirchliche Behörde als solche nicht angegriffen und hat niemals gegen sie gehetzt; er hat kritisiert, was unberechtigt war, er hat, mitunter auch in scharfer Weise, getadelt und gegeißelt, was schlecht und ungerecht war, — doch er hat die Personen gegeißelt, nicht die Behörde, denn die Personen sind fehlbar und sündigen, nicht die Behörde — und dazu ist er als ein auf der Wacht unserer teuersten Güter, des Glaubens und der Nationalität stehendes öffentliches Blatt berechtigt und verpflichtet.

Und ein solches Blatt wird der Bielgrzym, wie wir schon früher erklärt haben, immer bleiben; er wird sich weder durch Bitten noch Drohungen von diesen seinen billigen und gerechten Grundsätzen abbringen lassen. Und solange uns Unrecht geschieht, solange sich die Verhältnisse in unserer Diözese nicht bessern und geändert werden, werden wir das Böse, wo wir es erblicken, ohne Rücksicht auf die Personen, immer brandmarken.

Aus Nr. 48 des Mazur (Ortelsburg Ostpr.)
vom 15. Juni 1911:

Achtung Masuren, man will uns verderben!

über die Versammlung des „Ostmarkenvereins“ in Ortelsburg haben wir schon geschrieben. Heute wiederholen wir die Sache noch einmal, denn sie ist wichtig. Was wollen diese Leute?

Der Ostmarkenverein oder die Hakatisten wollen, daß dem polnisch sprechenden Volke das Land genommen und den Kolonisten gegeben werde. Ein solches Gesetz ist auch im preußischen Landtag beschlossen worden, doch die preußische Regierung will dieses Gesetz, wie das Minister von Schorlemer ausdrücklich erklärt hat, nicht zur Anwendung bringen, denn sie sagt, daß man mit preußischen Untertanen nicht so schrecklich und ungerecht verfahren dürfe, mit einem Wort, die preußische Obrigkeit fürchtet Gott und die Gerechtigkeit und will daher eine solche schädigende Tat nicht vollbringen. Der Minister selbst sagte es, daß dieses dem Kindermord in Bethlehem gleiches würde.

Es ist klar, daß der Kaiser keinen Hungerleider zum Minister macht, sondern einen klugen Mann, und dieser will nicht, daß vernünftige und ehrliche Leute jetzt und später über ihn schlecht reden, daß er ein armes Volk für nichts so schwer geschädigt habe.

Die Hakatisten dagegen oder der „Ostmarkenverein“, welcher sich überwiegend aus Beamten und Pastoren, also Leuten zusammengesetzt, welche von unseren Steuern leben, verlangen von der Regierung, daß sie den Leuten den Boden wegnehme und alle polnisch Redenden in Bettler verwandle. Die Hakatisten entschuldigen ihre häßliche Handlungsweise folgendermaßen: Wird das polnische Volk sich noch mehr vermehren und zu Verstand kommen, so wird es nicht mehr wollen, ihnen unterwürfig zu sein und ihnen zu gehorchen, das polnisch sprechende Volk bildet also eine Gefahr für die Deutschen.

Das ist offensichtlich ein dummes Gerede, denn erstens gibt es zu wenig polnisches Volk, welches imstande wäre, die Deutschen zu bekriegen, und zweitens hat dieses Volk weder Säbel noch Gewehre noch Kanonen. Sensen und Beile sind heute nichts wert. Drittens machte dieses Volk in Preußen niemals eine

Revolution, es ist also nicht aufständisch und kann als solches nicht angesehen werden.

Das polnische Volk lebt nach dem erlaubten bestehenden Recht und nach den Gesetzen Gottes, es wird täglich klüger und verlangt aus diesem Grunde das, was ihm gebührt, sein Recht, seine Freiheit und Achtung; es will nicht erlauben, daß ihm die Hakatisten sein Recht ungerechterweise wegnehmen — und aus diesem Grunde sind die Hakatisten auf die Masuren so böse.

Diese Wut ist unbegründet, ungerecht und unchristlich; sie ist heidnisch und aus der Zeit, wo die Leute in Finsternis lebten und der Stärkere den Schwächeren unterdrückte. Heute sieht man das gewaltsame Wegnehmen einer fremden Sache für ein Verbrechen an. Wir lesen von Räubereien und Diebstählen und sind darüber empört — und was ist ein Raub? Doch nur eine gewaltsame Wegnahme einer fremden Sache.

So machen sowohl der preußische Volksfreund als auch die Hakatisten viel Lärm und wenden sich an das Volk, doch niemals sagen sie, was sie haben wollen. Es ist klar, warum sie es so machen, sonst würde ihnen das masurische Volk, welches geschädigt werden soll, die gehörige Antwort erteilen. Sie glauben, daß das Volk es nicht merken wird, worum es ihnen geht.

Das traurigste bei der ganzen Geschichte ist, daß an diese unchristliche Arbeit auch Geistliche, Lehrer und Beamten die Hand anlegen. Die Geistlichen und Lehrer besitzen keinen eigenen Boden, es ist also klar, daß das Enteignungsgesetz ihnen nichts schaden kann.

Das Gesetz wird nicht sie, sondern das ehrliche polnische Völkchen treffen. Doch wo ist das Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, wo das Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu“, das füg' auch keinem andern zu“ geblieben?

Haben denn diese Gebote heute keine Geltung mehr, Herr Geistlicher Wosien?

„Wer mit dem Schwerte kämpft, kommt durchs Schwert um“ sagt das Sprichwort. Ihr Geistlichen in den „Ostmarkenvereinen“ zwingt die Obrigkeit, uns unseren Boden und unsere Hütten wegzunehmen, und ihr denkt garnicht daran, daß auch ihr Todfeinde habt, die euch am liebsten zu Schw... hirtens machen möchten. Ihr kennt diese Feinde, es sind die Sozialdemokraten. Sie sind mächtige und böse Feinde, ganz anders als das geduldige polnisch-masurische Volk — und dieser Feind wird täglich stärker. Sogar Könige, die früher mit Verachtung auf sie herabblickten, unterhalten sich heute mit ihnen, ja empfangen sie im eigenen Hause und rechnen mit ihnen.

Ihr, die Ihr auf der Wacht der Moral als Verteidiger der guten Sitten stehen sollt, Ihr seid im Ostmarkenverein an der Spitze, einem Verband, der gegen die Obrigkeit kämpft und den Nächsten den Boden wegnehmen will. Denkt daran, daß es schlimm um Euch stehen wird. Ihr werdet eher das Opfer dieser unchristlichen Arbeit werden als Ihr denkt!

Es ist in der Tat traurig, daß ein einfacher Bauer Euch Geistlichen das vorher sagen muß, was Ihr nicht sehen wollt!

Geistliche, seid klug! Stoßt nicht ab und reizt nicht dieses Volk, das Euch in Kürze zu Eurer Verteidigung sehr notwendig sein wird. Das sozialdemokratische Meer wächst — und in Kürze wird es über Euren Köpfen zusammen schlagen. Hammer.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 111 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 28. Juni 1911:

Die Polen und das Zentrum.

Durch Vermittelung des konservativen Slowo in Warschau, desselben Blattes, das schon in den ersten Tagen des März d. J. schrieb, daß der gegenwärtig in der Redaktion des Katolik tätige Abgeordnete Adalbert Korfanty „auf den rechten (versöhnlichen) Flügel der polnischen Fraktion“ gerückt sei — merkwürdig, daß Herr Adalbert Korfanty diesem Blatte bis heute keine Berichtigung hat zugehen lassen — gelangte gegenwärtig wiederum eine neue sehr interessante Nachricht ans Licht der Öffentlichkeit, die nur das bestätigt, was wir in Nr. 104 der Gazeta Ludowa vom 20. d. Mts. über die Liebenswürdigkeiten der Leiter und Redakteure der Beuthener Blätter gegenüber der Zentrumsparlei schrieben.

Das, was wir schon vor zwei Wochen von der Liebe der Beuthener Blätter zu den Zentrumsleuten schrieben, bestätigte gegenwärtig sehr klar und deutlich der Abgeordnete Adam Napieralski selbst in jenem schon erwähnten Warschauer Slowo.

Auf die Frage des Interviewers des Slowo: „Sind Sie Anhänger eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen der polnischen Fraktion und dem Zentrum?“ antwortete der Abgeordnete Napieralski was folgt:

— Zweifellos — und zwar ein sehr entschiedener. Im parlamentarischen Kampfe muß man doch Bundesgenossen haben. Wo soll man sie suchen, wenn nicht unter denjenigen, die uns durch die Anschauungen, die Ethik und durch alles die nächsten sind. Sind sie doch Katholiken, wie wir, und die deutschen Katholiken verdienen besonders Anerkennung, denn sie halten die katholische Fahne hoch, stehen treu zur Kirche und zu deren Vorschriften, in dem sie sich auch in öffentlichen Leben von der Ethik unserer Religion leiten lassen. Vielleicht waren sie uns treuere Bundesgenossen, als sie sich in der Opposition befunden, aber auch als Partei, welche die Regierung unterstützt, unterstützten sie keine polenfeindliche Aktion, ja, sie wirkten sogar im entgegengesetzten Sinne auf die Regierung ein. Einen solchen Bundesgenossen müssen wir schätzen und Konflikte mit ihm vermeiden.

Und wäre es selbst auf Kosten irgend eines Zugeständnisses.

Ja! Natürlich nicht eines grundsätzlichen. In Westfalen z. B. sind einige Wahlkreise, in denen die Polen zum Reichstage eigene Kandidaten aufstellen, einzig, um die Stimmen zu zählen. Wenn sie dort für die Zentrumskandidaten stimmen würden, würden diese mit Aussichten auf Erfolg in die Stichwahl kommen.

Infolge der Zersplitterung der katholischen und polnischen Stimmen kommen die Nationalliberalen und andere mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl, und in den Reichstag gelangt ein Nationalliberaler oder ein Sozialdemokrat, häufiger der erstere. So ist nun besonders uns im Reichstag ein Zentrumsmann mehr erwünscht als jeder andere, und das ist wichtiger, als das Zählen der Stimmen, dessen Ergebnis die Ausschließung der Möglichkeit der Wahl eines Zentrumsmanns ist. Eine solche Unterstützung des Zentrums aber könnte auch in Polen unmittelbare Vorteile durch Erleichterung eines Kompromisses oder einer Unterstützung des Zentrums in einigen zweifelhaften Wahlkreisen bringen, wie z. B. im Wahlkreis Trautstadt—Lissa im Posenschen, im Wahlkreis Schwab in Westpreußen und in anderen Wahlkreisen.

Wenn man sich am parlamentarischen Leben beteiligt, muß man für Bundesgenossen sorgen, so schloß seine Bemerkungen der schlesische Abgeordnete, der durch seine bisherige politische Tätigkeit eine hervorragende Stellung unter unseren Politikern verdient.

So soll sich der Abg. Napieralski nach dem Bericht des Warschauer Slowo über seine Stellung zur Zentrumsparlei wörtlich ausgedrückt haben. Für diese Angelegenheit haben schon verschiedene polnische und Zentrumsblätter, die daraus ersehen, daß der Abgeordnete Napieralski den Zentrumsleuten gewissermaßen die Hand zum Frieden reicht, Interesse gezeigt.

Weil der Abg. Napieralski Politiker und Herr fast sämtlicher polnischen Blätter in Oberschlesien ist, weil er seiner absoluten Herrschaft auch seinen gefährlichsten Gegner, den Abg. Adalbert Korfanty, unterworfen und auf seine Seite gezogen hat, so kann die Politik des Abg. Napieralski gegenwärtig für das Polentum sehr unerwünscht sein, und insofern müssen wir mit doppelter Wachsamkeit jeden politischen Schritt des Abg. Napieralski und des in dessen Diensten stehenden Abg. Korfanty beobachten. Die Frage des Verhältnisses des Polen zum Zentrum ist eine Frage von erstklassiger Bedeutung, und darum werden wir auf sie noch zurückkommen müssen. Wir müssen sie genau und uns ausführlich besprechen und erwägen, damit wir im letzten Augenblick nicht unvorbereitet überrascht werden.

Aus Nr. 73 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 24. Juni 1911:

Zentrumsabsichten.

Aus geistlichen Kreisen* erhalten wir folgende Zuschrift:

Eine Verwirrung droht dem polnischen Volke, das eine langjährige aufrichtige Arbeit der polnischen Zeitungen zur Verteidigung seines Elements in Oberschlesien unter der Losung des nationalen Gedankens und des polnischen Empfindens zusammenzuschließen vermocht hat.

Nach einem Gerücht beabsichtigt die Zentrale der Zentrumsgeistlichen eine polnische Zentrumsparlei zu gründen und das polnische Volk zum Eintritt in diese Partei zu bewegen. Diese Absichten bezwecken natürlich eine Sprengung der polnischen nationalen Partei, die in der polnischen Fraktion ihren natürlichen, bürgerlichen und politischen Vertreter gewonnen hat.

Wenn sich dieses Gerücht als wahr erweisen würde, dann müßte man das Streben der an dieser Angelegenheit beteiligten Zentrumsgeistlichen bedauern, es sind nämlich nicht alle beteiligt, nicht alle sind mit dem Einfangen des polnischen Volks, welches eine eigene Partei hat, für eine ihm fremde Partei einverstanden; gerecht denkende Zentrumsgeistliche sind der Ansicht, daß die Zentrumsparlei ausschließlich ihre deutsch-katholischen Reihen organisieren soll, zumal sich viele deutsche Katholiken unter der habsburgischen und Regierungsfahne befinden. Wenn sich also, wie ich sage, das besagte Gerücht als wahr erweisen sollte, würde sich der Konflikt aus der Zeit vor einem Duzend und mehr Jahren erneuern, als einige unserer Geistlichen in Vereinen der Freimaurer und Juden bei den Wahlen die völkische Bewegung zu unterdrücken suchten und jeden selbständigen politischen Gedanken bekämpften.

Wir sind indes gewiß, daß die polnische katholische Bevölkerung in Oberschlesien so weit aufgeklärt ist, daß sie der von Zentrumsseite ausgehenden Versuchung nicht unterliegen wird. Muß man sich doch erinnern, wie die Zentrumsführer früher die polnische Bewegung

in Oberschlesien geringschätzten, indem sie laut ausposaunten, es gebe hier keine Polen und es könne keine geben, andererseits aber öffentlich bedauerten, daß es nicht gelungen sei, das Volk zu verdeutschern, wie sie selbst, obwohl sie überwiegend von dem polnischen Volke abstammen, sich verdeutsch haben.

Möge sich darum niemand betören lassen; möge er festhalten an seinen Führern in der nationalen Sache, die er bis jetzt als seine echten Freunde erkannt hat und denen er auch weiterhin als langjährigen, erprobten Kämpfern vertrauen kann.

Aus Nr. 107 der Gazeta Ludowa,
vom 23. Juni 1911:

Ein neues Zentrumblatt in polnischer Sprache.

Das angekündigte neue Zentrumblatt in polnischer Sprache kann sonderbarer Weise das Tageslicht nicht erblicken. Seinen Vätern stellen sich bei der Verwirklichung dieser Absicht Schwierigkeiten verschiedener Art entgegen.

Erstens können sie in ihren Reihen keinen Menschen finden, der die polnische Sprache so beherrschen würde, daß er eine polnische Zeitung redigieren könnte.

Zweitens bereitet ihnen das Sammeln genügender Mittel zur Ausstattung der Zeitung große Kopfschmerzen. Die empfindlichen Geldverluste, die unseren Zentrumsteuten die Gazeta Katolicka verursacht hatte, haben sie so zurückgeschreckt, daß sie zögern, erneute Experimente vorzunehmen, die, wie sie mit vollem Recht voraussehen, mit einer vollständigen Niederlage enden werden.

Gegenwärtig hat sich an die Spitze dieses Unternehmens der bekannte Zentrumsoptimist Pfarrer Glowacki gestellt. Im Namen und im Auftrage der Zentrale der ober-schlesischen Geistlichen versendet er an die Erzpriester — (wozu sich die kirchlichen Würdenträger heut nicht schon eignen) — Rundschreiben, in denen er die Erzpriester auffordert, auf die Geistlichen des Dekanats einzuwirken, daß sie:

1. einer zu gründenden Verlagsgenossenschaft als Mitglieder beitreten,
2. Gelder zum Garantiefonds beisteuern sollen.

In der ersten Nummer des Blattes sollten die Namen der Geistlichen, die dieser Genossenschaft beitreten würden, genannt werden. Soweit ich mich überzeugt habe, ist die Bereitwilligkeit, dieser meiner Genossenschaft beizutreten, bei einem großen Teil der Geistlichen sehr gering; sie wollen nur einen gewissen Betrag zum Garantiefonds beisteuern. Weitere Verpflichtungen wollen sie nicht auf sich nehmen.

Pfarrer Glowacki begründet die Notwendigkeit eines neuen Zentrumblattes mit der gewissenlosen Heze der polnischen Zeitungen gegen die Zentrumspartei und die Geistlichkeit. Dies ist eine Redensart unserer Zentrumsteute, die die berechtigten von unserem Volke gegen die hafatistischen Gelüste ober-schlesischer Geistlichen erhobenen Klagen eine Heze nennen. Man kann die Zentrumsteute von vornherein versichern, daß ein Zentrumblatt in polnischer Sprache keine Aussichten auf Erfolg hat, es ist nur schade ums Geld. Mögen sie lieber ihre Konfratres zwingen, ihre Germanisierungsarbeit einzustellen, dann werden die Klagen des Volkes in den polnischen Blättern verstummen und das Geld mögen sie zur Anschaffung polnischer Bibeln, zu Volksbüchereien und zur Unterrichtshilfe verwenden. Dies wird eine gute Tat sein, und das polnische Volk, von dem sie abstammen, wird ihnen unendlich dankbar sein.

Geistlicher S. R.

Aus Nr. 146 des Kuryer Slaski (Zabrze)

vom 28. Juni 1911:

Das ist schon zu viel!

In diesen Tagen erhielten die Priester in Oberschlesien von den Erzpriestern folgendes Schreiben:

Wysoka, den 12. Juni 1911.

Hochwürdiger Herr Konfrater!

Die am 8. d. Mts. in der Sitzung der Zentrale des ober-schlesischen Klerus anwesenden Konfratres waren einhellig der Ansicht, daß es angesichts der maßlosen Angriffe der polnischen Presse gegen Klerus und Zentrum eine dringende Notwendigkeit sei, alsbald ein polnisches Zentrumblatt ins Leben zu rufen, um das irreführende Volk aufklären zu können.

Zu diesem Zwecke sind: 1. die Gründung einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht und 2. die Schaffung eines Garantiefonds erforderlich.

Der Unterzeichnete wurde von den oben genannten Konfratres beauftragt, an sämtliche ober-schlesischen Archipresbyterate mit utraquistischer Bevölkerung die Bitte zu richten: 1. der Genossenschaft beizutreten und 2. zur Gründung eines Garantiefonds die Hälfte des Jahrespriesterpensionsbeitrages bis zum 1. Juli d. J. einzahlen zu wollen; die Namen der Genossen werden in der Probenummer der neuen Zeitung bekannt gegeben werden. Euer Hochwürden gestatte ich mir daher ergebenst zu ersuchen, Ihren Herren Konfratres, soweit dieselben auf dem Zentrumstandpunkte stehen, meine Bitte behufs Erklärung, ob dieselben der p. Genossenschaft beizutreten und den Beitrag für den Garantiefonds zu leisten geneigt sind, bis zum 1. Juli d. J. freundlichst vorzulegen und mir dann alsbald das Resultat mitteilen bzw. den Beitrag zusenden zu wollen.

Mit konfraternellem Gruß!

Euer Hochwürden

ergebenster

Glowacki,

Fürstb. Kommissarius.

Im Namen aller ehrlich gesinnten Geistlichen protestiere ich zunächst auf das energischste dagegen, daß sich der Fürstbischöfliche Kommissarius Glowacki erlaubt, die Institution der Erzpriester, die von der Kirche für die amtlichen kirchlichen Angelegenheiten eingesetzt ist, zum Zwecke der Agitation für politische Zentrumangelegenheiten zu gebrauchen. Das Zentrum ist doch nicht die katholische Kirche. Ich erhebe bei dem bischöflichen Generalvikariat öffentliche Anklage behufs Zurechtweisung des Pfarrers Glowacki deswegen, weil er die rein kirchliche Institution der Erzpriester zu privaten, politischen und materiellen Zwecken gebraucht.

Ferner muß ich den Pfarrer Glowacki mit den schärfsten Worten dafür tadeln, daß er auf diese Weise die Herren Erzpriester zwingen will, daß sie, die doch ihre Geistlichkeit gut kennen, ihm die politischen Anschauungen der einzelnen Geistlichen verraten sollen. Es scheint mir, daß es bei einem so unschönen Vorhaben anebracht wäre, wenn sich Pfarrer Glowacki unmittelbar an die Regierung oder die Landräte, die Personalakten für jeden einzelnen Geistlichen anlegen, wenden würde. Und wiederum erhebe ich beim bischöflichen Generalvikariat in Breslau Anklage behufs Zurechtweisung des Pfarrers Glowacki deswegen, weil er unter der ober-schlesischen Geistlichkeit den Frieden zu stören beabsichtigt, weil er die Erzpriester zum Verrat nötigt, weil er als Fürstbischöflicher Kommissarius sein Amt und seine Autorität gegenüber den ihm unterstellten Erzpriestern mißbraucht. Damit

das bischöfliche Amt von dieser öffentlichen und offiziellen Anklage Kenntnis erhalte, ersuche ich hiermit die geehrte Redaktion, ein Exemplar dieses Blattes an folgende Adresse zu übersenden: An das Fürstbischöfliche Generalvikariatamt in Breslau IX.

Mit Hochachtung

ein Geistlicher.

Aus Nr. 110 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 27. Juni 1911:

In Sachen der Organisation der Geistlichen.

Mit außerordentlichem Interesse las ich den Aufruf „An unsere Geistlichen!“ in Nr. 98 der Gazeta Ludowa. Man sieht, der Geist erwacht auch unter unserer Geistlichkeit in Oberschlesien. Eine solche Gegenbewegung rufen die verschiedensten Unzulänglichkeiten besonders auf moralischem Gebiet, unter denen wir täglich leiden, hervor. Sollen wir noch länger stillschweigend leiden? Nein! Wer zu dem Bewußtsein gekommen ist, was er selbst vollbringen kann, wer sich selbst achtet, wird sagen: „Machen wir den unerhörten Mißbräuchen, denen das polnische Volk unterworfen ist, ein Ende. Schließen wir Geistlichen, von Amtes wegen die Führer dieses polnischen Volks auf dem Wege zum Himmel, die auf eine gesunde Entwicklung und auf den Fortschritt dieses uns anvertrauten Volkes bedacht sein sollen, uns in eine starke Organisation zusammen, denn nur dadurch werden wir eine Macht bilden, nur dann werden die Gegner mit uns rechnen, wenn wir stark sein werden“. Klagen und versteckte Drohungen werden nichts helfen, wir müssen uns zusammenschließen, ohne die gerechte Verteidigung berechtigter Interessen zu verheimlichen.

Dieser in dem Artikel „An unsere Geistlichen“ dargelegte Gedanke wogt seit Jahren auch in der Kulmer Diözese, die sich hauptsächlich auf die Provinz Westpreußen zu beiden Seiten der unteren Weichsel erstreckt. Wenn auch hier die Verhältnisse vielleicht nicht so schrecklich sind wie in Oberschlesien, so hat doch die polnische Geistlichkeit, welche zwei Drittel der Gesamtzahl ausmacht, auf das Regime der Diözese keinen Einfluß und bei der vorgesetzten Behörde keine Bedeutung. Einige Deutsche schalten und walten mit der ganzen Geistlichkeit und mit etwa 600 000 polnischen Katholiken.

Die fast aus nur Deutschen sich zusammensetzende geistliche Behörde ignoriert einfach in vielen Dingen die Mehrheit ihrer Geistlichkeit, weil diese polnisch ist. Wie ist dem abzuhelpen? Sollen wir noch schlimmere Dinge erleben? Könnten wir Bedeutung und Einfluß haben, wenn wir in eine starke Organisation zusammengeschlossen wären? Das fehlt uns. Das fühlen wir als dringendes Bedürfnis. Diesen selben Aufruf „An unsere Geistlichen“ sollte der Pielgrzym, das hauptsächlich von der polnischen Geistlichkeit der Kulmer Diözese unterhaltene Blatt, abdrucken. Für unsere Verhältnisse paßt dieser Artikel ganz und gar. Gleiche Unzulänglichkeiten rufen eine gleiche Gegenbewegung hervor.

Der Verfasser des Aufrufs, der „Geistliche Matthias der Jüngere“ kann der Sympathie und Unterstützung von unserer Seite bei diesen erhobenen Bestrebungen gewiß sein. Es muß aber die Angelegenheit der Organisation unserer Geistlichen näher besprochen werden, um die Schwierigkeiten zu beleuchten, die sich diesem Zusammenschluß entgegenstellen.

Seien wir sicher, daß infolge des in der Zeitung abgedruckten Aufrufs kaum jemand aus Werk gehen wird.

Es ist persönliche Agitation nötig, es müssen für den Plan einflußreiche Persönlichkeiten gewonnen werden, es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, daß die Organisation zustande komme. Der Zweck der Organisation soll nicht nur die Verteidigung der berechtigten Interessen, die Erhaltung des Besitzstandes sein, sondern auch die eigene Produktion, die Schaffung neuer Werke in der gewählten Richtung.

Vor allem eignet sich als Aufgabe für die Organisation der Geistlichen in unseren Zeiten die literarische Arbeit insbesondere auf religiösem Gebiet mittels populärer Schriften. Die Landeskunde oder Geschichte und Geographie sind gleichfalls ein dankbares Feld zur Erprobung unserer literarischen Kräfte. Die Organisation der polnischen Geistlichen sollte in ihren Bestrebungen die Organisation der tschechischen Geistlichen nachahmen, die sich vor ungefähr 30 Jahren zusammengeschlossen haben. Die „Unitas“, die in Posen erscheinende Monatschrift der Geistlichen, legte z. B. die großen Früchte der segensreichen Wirksamkeit dieser tschechischen Organisation dar. Man müßte studieren, was die tschechische Geistlichkeit durch gemeinsame Arbeit bei sich geschaffen hat; nach demselben Muster sollte sich die polnische Geistlichkeit in jeder Diözese zur gemeinsamen Arbeit behufs Förderung des Kulturfortschritts und der Verteidigung ihrer Interessen, sowie derjenigen, des ihr anvertrauten Volkes zusammenschließen. An die Hauptarbeit wird sicherlich die jüngere Geistlichkeit herangehen, die Verständnis und Kraft hierfür hat, wenn man von der Unterschrift des Verfassers „Geistliche Matthias der Jüngere“ auf das Lebensalter des Initiators dieses Gedankens schließen darf.

Ein Geistlicher der Kulmer Diözese.

Aus Nr. 142 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 24. Juni 1911:

Der polnische Sprachunterricht im Breslauer Konvikt und Alumnat.

Als ich die Zuschrift eines Geistlichen über die Verhältnisse in der Diözese Kulm las, kam es mir unwillkürlich in den Sinn, daß es bei uns nicht nur ebenso, sondern vielleicht noch weit schlimmer ist. „Wenn die bischöfliche Behörde das Übel ausmerzen will“, schreibt jener Geistliche, „muß die Reform im Priesterseminar begonnen werden, — muß sie, die bischöfliche Behörde, die Anforderungen hinsichtlich der Kenntnis der polnischen Sprache erhöhen.“

Dasselbe muß in unserer Diözese geschehen; aber wie traurig sieht es in dieser Beziehung bei uns aus! Im Folgenden will ich ein wenig schildern, in wie nachlässiger und man kann sagen unwürdiger Weise der polnische Sprachunterricht im Breslauer Konvikt und Alumnat behandelt wird. Der beste Beweis hierfür ist die sogenannte polnische Prüfung. Während meines Aufenthalts in beiden Anstalten gab es vor nicht langer Zeit niemanden, der diese Prüfung ernst genommen hätte. Vor den verschiedenen theologischen Prüfungen fürchtete man sich, aber vor der polnischen Prüfung fürchtete sich kaum jemand oder niemand. Und dennoch bestand die Mehrheit derjenigen, die diese Prüfung ablegten, aus solchen die nicht einmal ordentlich lesen konnten. Die Zahl derjenigen, welche die polnische Sprache einigermaßen kannten und polnisch schreiben konnten, belief sich auf 5 unter 40!!! Diese polnische Prüfung erweckte bei mir den Anschein, als ob Quintaner oder Quarianer die Reifeprüfung oder besser noch die philologische Staatsprüfung in der lateinischen Sprache ablegten.

Manche — und es gab viele solche — hatten nur einiges aus dem Katechismus gelernt, übersehten zur Not irgend eine Frage aus dem Katechismus, die ihnen sowieso schon aus dem Deutschen bekannt war, es folgten ein paar leichte Fragen, und die polnische Prüfung war beendet. Es gab auch solche, die nicht einmal soviel konnten. Auf die Frage: „Können Sie das apostolische Glaubensbekenntnis?“ antwortete einer ziemlich sonderbar: „Das kann ich deutsch!“ Nichtsdestoweniger wurde er als Ultraquist notiert, und seine erste Stelle war eine große Parochie im Industriebezirk!! Zwar wurde diesem und ebenso verschiedenen anderen anbefohlen, im Alumnat noch einmal die Prüfung abzulegen. Aber im Alumnat lernt erst recht kaum jemand die polnische Sprache. Erstens ist wenig Zeit hierzu vorhanden, und dann gibt es im Alumnat eigentlich keinen polnischen Sprachunterricht, wenigstens gab es vor einigen Jahren keinen. Es bestand zwar eine Stunde, welche offiziell die Stunde der polnischen Sprache hieß, in Wirklichkeit war sie dies aber nicht.

Der Geistliche Kasperczyk selbst, der diese Unterrichtsstunde erteilte, sagte, er habe vom Herrn Kardinal den Auftrag, in dieser Stunde nur Pastoral zu lehren, und nicht die polnische Sprache. Damit also wenigstens der Schein des polnischen Unterrichts gewahrt blieb, wurden einige Sätze aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt. Hinsichtlich des Inhalts dieser übersetzten Sätze ließ sich dann der Geistliche Kasperczyk die ganze Stunde über seelsorgliche, pädagogische, soziale und verschiedene andere Fragen aus, die mit der Kenntnis der polnischen Sprache soviel zu tun haben, wie z. B. die Astronomie mit dem Kartoffelhacken. Wenn er dies alles wenigstens in polnischer Sprache vorgetragen hätte! Aber er sprach nur deutsch; ich hatte überhaupt den Eindruck, als ob er die polnische Sprache geradezu zu vermeiden suchte. Wie hörte ich aus seinem Munde einen ganzen polnischen Satz. Hier und da verbesserte er nur, wenn einer schon sehr schlecht las.

Dieser Unterricht wurde also die polnische Stunde im Alumnat genannt. Ich weiß nicht, wie es jetzt ist, aber es scheint — nicht besser.

Kann man sich da wundern, daß kaum jemand im Konvikts und im Alumnat die polnische Sprache gut erlernt, wenn er sich nicht freiwillig privatim mit ihr befaßt?

Pfarrer Ziegler schreibt in seinem ausgezeichneten Artikel über den Glauben und die Rationalität: „Überhaupt halte ich den Menschen für bedauernswert, der in seiner Muttersprache nicht gehörig durchgebildet ist. — In dieser Lage befinden ganz besonders wir ober-schlesischen Geistlichen uns. Das Polnisch, das unserer viele sprechen und schreiben, ist unter unserer Würde und entspricht unserer sonstigen Bildung und Sprachkenntnis nicht.“

Und wer ist schuld daran? Warum wird die Art des Unterrichts nicht verschärft, warum werden die Anforderungen hinsichtlich der Kenntnis der polnischen Sprache nicht erhöht?

Dies ist doch eine so unendlich wichtige Sache!! Es ist unbegreiflich, eine wie große Gleichgültigkeit unter den Theologen im Studium der polnischen Sprache herrscht, und zwar zum Teil auch unter solchen, die selbst von polnischen Eltern abstammen.

Wieviel Zeit vergeuden doch manche an verschiedenen „Stammischen“, wo sie in dummer und lächerlicher Weise das Leben und die Trinksitte der Vurschen nachäffen! Zu verschiedenen nicht theologischen Dingen haben sie Zeit, aber nicht zur Vervollkommenung in der polnischen Sprache.

Unter den Theologen gilt es sogar als gefährlich, die polnische Sprache gut zu verstehen. Wer ein wenig besser polnisch versteht, bei dem ist es sozusagen sicher, daß er in die brandenburgischen Sandgegenden kommen wird. Das ist zwar eine Dummheit, aber es bestätigt sich leider sehr oft.

Wenn man also sieht, in wie nachlässiger und unwürdiger Weise das Studium der polnischen Sprache in den bischöflichen Anstalten betrieben wird, dann kann man sich schwer des Eindrucks erwehren, daß der geistlichen Behörde nichts daran gelegen ist, daß die Geistlichen die polnische Sprache vollkommen erlernen. Sagte doch der Konviktsdirektor und Geistliche Steinmann selbst, daß wir „hochpolnisch“ (d. h. korrekt polnisch) nicht zu kennen brauchen, sondern nur „ober-schlesisch“. Welch eine Unkenntnis der Verhältnisse!

Wie kann man weiter den Befehl des Herrn Direktors Steinmann, daß nur mit seiner Erlaubnis die Werke des Sientewicz polnisch gelesen werden dürfen, anders verstehen?

Wie soll man das Verbot des Herrn Steinmann, polnische Zeitschriften und Zeitungen zu lesen, anders verstehen, oder die Tatsache, daß der Direktor den Theologen abrät, mit Polen zu verkehren, die unter sich polnisch sprechen, um sich auf diese Weise in der polnischen Sprache nicht zu vervollkommen?!

Und was ist die Folge dieser Vernachlässigung des Studiums der polnischen Sprache?

Der größte Teil der Geistlichen, die unter dem polnischen Volke tätig sind, beherrscht dessen Sprache nicht genügend, sondern er radebrecht sie geradezu in einer Weise, daß sich sogar gewöhnliche, ungebildete Leute oft dadurch beleidigt fühlen. Ja, noch schlimmer: Sie lachen darüber

Geistlicher A.

Aus Nr. 111 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 28. Mai 1911:

Der größte Krebschaden in der Arbeiterbewegung.

Der Streik der Hüttenleute in Rozdzin-Schoppinitz liefert uns viele trasse Beweise für die Abhängigkeit der Arbeiter von den Arbeitgebern und andererseits zeigt er uns gleichfalls zur Genüge Erscheinungen von Brutalität der Fabrikanten, die diese Abhängigkeit zum Nachteil der streikenden Hüttenleute ausgebeutet haben. Wir waren Zeugen, wie Arbeitgeber mit Hilfe des Gerichts die Familien der Streikenden aus den sogenannten herrschaftlichen Häusern auf das Pflaster warfen; es ist jedem bekannt, wie die von den Fabrikanten organisierten Konsumvereine den um ihr Brot kämpfenden Arbeitern keinen Kredit gewährten. Ähnliche Verhältnisse wie in den Rozdzin-Schoppinitzer Hütten herrschen in ganz Oberschlesien.

Der schlesische Arbeiter wird in dreifacher Weise ausgebeutet: 1. durch die Arbeitgeber, die ihn zu gering entlohnen; 2. wieder durch die Arbeitgeber, die ihm durch die Gründung von Konsumvereinen diesen elenden Verdienst bei Lebensmitteleinkäufen abnehmen; 3. ebenfalls durch die Arbeitgeber, die den Arbeiter in die „herrschaftlichen“ Häuser locken und ihn dadurch von sich abhängig machen.

Wenn der Arbeiter in jeder Beziehung von den Kapitalisten abhängig ist, dann ist es für den Arbeiter schwieriger, um ein besseres Dasein, um einen besseren Verdienst und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Nicht minder geknebelt ist dann der Arbeiter in politischer Hinsicht; denn der Kapitalist übt, wenn er in der Werkstatt, im Hause und im Konsum Einfluß

und Macht besitzt, auf den politischen Willen seines Arbeiters Druck und bisweilen Gewalt aus.

Die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten ist mehr oder weniger organisiert, befestigt und von den allgemeinen Verhältnissen der Industrie abhängig.

Die Ausbeutung seitens der Eigentümer der „herrschaftlichen“ Häuser und der Konsumvereine ist eine freiwillige Ausbeutung, die nur von der Unerfahrenheit des Arbeiters und von der Klugheit des Arbeitgebers abhängt.

Mit der einen und anderen Art der Ausbeutung kann der Arbeiter erfolgreich kämpfen.

Der größte Krebsgeschaden in der Arbeiterbewegung, dem die Berufsorganisationen bis jetzt wenig Beachtung geschenkt haben, sind gerade die Konsumvereine und die „herrschaftlichen“ Wohnungen.

Die in „herrschaftlichen“ Häusern wohnenden und in Konsumvereinen alle Waren einkaufenden Arbeiter können ihre bedrohten Arbeiterinteressen nicht mutig verteidigen, und nicht nur das, sie müssen es sogar verheimlichen, daß sie einer Berufsorganisation angehören, daß sie sich zu dieser oder jener politischen Richtung bekennen. Solche Arbeiter sinken zur Rolle eines gewöhnlichen Mietlings ohne eigenen Willen herab.

Die schlesischen Kapitalisten, die zum größten Teil solche Mietlinge haben, feiern leicht politische Triumphe, weil sie wissen, daß sie nicht nur die physische, sondern auch die moralische Macht über die Arbeiter haben.

Heut handelt es sich um die Konsumvereine. Die Arbeitgeber, welche ihre Arbeiter schlecht entlohnen, suchen ihnen diesen schlechten Verdienst, wie wir dies schon gesagt haben, mit Hilfe von Konsumvereinen oder Anteilgenossenschaften abzunehmen.

Damit ein solcher Konsumverein entstehen und bestehen kann, agitieren die Kapitalisten unter den Arbeitern, daß sie als Genossen beitreten und das Geld zum Anlagekapital aufbringen sollen. Um die Arbeiter von den Konsumvereinen nicht abzuschrecken, treten in ihren Vorstand einige Arbeiter ein, die mit allem einverstanden sind, was der „Herr“ befiehlt. Die Waren in einem solchen Konsumverein sind weder billiger noch besser als in den Geschäften selbständiger Kaufleute. Vielsach sind sie sogar teurer und schlechter.

Die in Konsumvereinen Waren kaufenden Arbeiter lassen sich dadurch täuschen, daß sie am Jahresluß eine Dividende und Rabatt erhalten; sie vergessen aber, daß sie diese Dividende und diesen Rabatt doppelt und dreifach eingezahlt haben. Die Verwaltung dieser Konsumvereine kostet jährlich Tausende, die in die Taschen der Kapitalisten und der Feinde des Arbeiters fließen. Die Konsumvereine gewähren ihren Abnehmern Kredit, aber nur in der Höhe ihres Verdienstes. Die Frauen der Arbeiter, die sich durch Fleiß nicht auszeichnen, wollen lieber, daß man ihren Männern bei der Löhnung die Schuld im Konsum abzieht.

Die Konsumvereine, die billigere und bessere Waren nicht abgeben, sind ein Rädchen mehr in dem Apparat der die Arbeiter ausbeutenden Kapitalisten. Gegen diese Ausbeutung können die Arbeiter durch die Gründung eigener Arbeiterkonsumvereine oder wenigstens durch den Einkauf der notwendigen Waren bei selbständigen Kaufleuten kämpfen. Wenn die selbständigen Kaufleute die Unterstützung hätten, wie die Konsumvereine durch die Arbeiter, könnten sie ihre Abnehmer zweifellos noch reeller bedienen. Im Falle eines Streiks aber würden sich die Kaufleute mit desto größerer Bereitwilligkeit auf die Seite der streikenden Arbeiter stellen.

Nach dieser Richtung hin müßten die Berufsorganisationen die Arbeiter aufklären.

Aus Nr. 73 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 24. Juni 1911:

Mangel an Nationalgefühl.

Aus Breslau erhalten wir folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion! Ich richte an die geehrte Redaktion die laute Klage über die Schande, mit welcher sich unsere polnischen Mitbrüder hier bedecken. Hier tritt nämlich während der sogenannten „Festwoche“ eine Gruppe der dem Trachtenverein in Rozlowagora bei Tarnowitz angehörigen obereschlesischer Bauern auf, indem sie obereschlesische Hochzeitsgebräuche und Volkstänze vorführen. Es treten Jünglinge und Jungfrauen, aber auch ältere Personen auf, insgesamt etwa 35 Personen.

Es ist bekannt, daß solche Vergnügungen, wie die Breslauer Festwoche, zur Hebung des moralischen Niveaus des Volkes nicht beitragen, sondern es geradezu demoralisieren. Um so schmerzlicher muß jeder treue Pole die Tatsache empfinden, daß geborene Polen, obereschlesische Bauern, vor unseren Feinden in der Rolle von Komödianten auftreten. Als die lächerlichste Komödie kann man die Absingung der deutschen Nationalhymne durch diese Polen am Schluß der Vorstellung bezeichnen. Man darf es wirklich ein großes Kunststück nennen, wenn Polen als Entgelt für die verschiedenen Ausnahmehandlungen und Maultorbsgesetze zur Ehrung ihrer Gegner Hymnen anstimmen. Wo bleibt da die nationale Ehre!

Du sollst deine Feinde lieben, aber du brauchst oder sollst den Feind, der sich an deinem Leben vergreifen will, nicht noch mittelbar oder unmittelbar loben. Wenn er ein fanatischer Feind ist, was man übrigens von unseren Gegnern sagen kann, so wirst du ihn durch solch ein Verhalten von seiner Absicht nicht abhalten, sondern ihn darin noch bestärken.

Vergeblich wären alle gegen unsere Landsleute aus Rozlowagora erhobenen Vorwürfe. Man sieht nämlich in allem einen sehr empfindlichen Mangel an Aufklärung und an Verständnis ihrer Handlungsweise. Vorwärts also an die Aufklärung unseres obereschlesischen Volkes, auf daß es nationales Gefühl schöpfe und seine Ehre nicht mit Füßen trete. Wir sind in Oberschlesien noch nicht zugrunde gegangen. Wenn die Deutschen unsere Gebräuche kennen lernen wollen, so mögen sie zu uns kommen. Hier können sie sich überzeugen, daß wir ein so winziges Häuflein noch nicht sind, daß wir unsere Gebräuche nur noch gleichsam als Überbleibsel aus verflossenen Tagen unseres Daseins nach dem Beispiel der Zigeuner auf Jahrmärkten zeigen müßten.

Um zur Verbreitung der Aufklärung unter unserm Volke auch ein wenig beizutragen, übersende ich der geehrten Redaktion 25 Mark zugunsten der Volksbüchereien in Oberschlesien. Ein Oberschlesier.

Anmerkung der Redaktion!

Wir danken sehr für den schönen Brief und für die Anregung der guten Sache. Das für die Volksbüchereien überandte Geld, für welches wir gleichfalls herzlichen Dank sagen, haben wir dem Vorsitzenden des Volksbüchereivereins für den Bezirk Oppeln überwiesen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 141 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Juni 1911:

Ein Brief aus Leipzig und nach Leipzig.

Leipzig, im Juni.

Vom nationalen Leben der polnischen Kolonien in Leipzig und Umgegend hört und liest man sehr wenig;

hier und dort eine gelegentliche Notiz über das glücklich bestandene Examen eines polnischen Studenten oder über ein Konzert eines polnischen Künstlers. Doch diese sporadischen Notizen sind zu sehr persönlich und zufällig, um auch den flüchtigsten Einblick in das nationale Leben der hiesigen polnischen Gruppe gewähren zu können. Und doch müßte gerade dieses nationale Leben, d. h. alles das, was hinter den persönlichen Intentionen und Vorfällen aus Tradition, Gefühl, Glauben und Überzeugungen der Polen lebt, unsere Gesamtheit am meisten interessieren, um so mehr, wenn es sich um das Leben des polnischen Geistes in Fremde handelt.

Leipzig weckt, trotz seiner geringen Entfernung von der Heimat, dortselbst ein schwaches Echo, und nicht so leicht würde jemand, der die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, annehmen, daß hier ständig mehrere tausend Polen leben, und daß in der Saison — wie gegenwärtig — diese Zahl 20000 übersteigt. Das ist also schon ein ziemlich ansehnlicher Prozentsatz unserer nationalen Kraft, wenn man überdies noch bedenkt, daß diese Zahl in überwiegender Mehrheit aus jungen Männern besteht.

Und eine nicht geringe Gefahr liegt in der ständigen Auswanderung dieser nicht schlechtesten Kräfte der Nation. Wer Gelegenheit hatte, die Verwüstungen zu schauen, welchen ein bedeutender Teil unserer Brot-sucher ständig unterliegt, sogar in den unserem Lande so nahe liegenden und leicht erreichbaren Gegenden, wie sollte er nicht bei dem Gedanken an die entlegenen oder gar nicht erreichbaren Gegenden, wohin die Notwendigkeit oder Unbeholfenheit oft unsere Landsleute trägt, zittern! Diejenigen, welche — es scheinen Optimisten zu sein — auf die Ersparnisse der Sachsen-gänger hinweisend, keinerlei Gefahren sehen, mögen doch versuchen, eine Statistik des Verlustes zu machen, sei es der Nationalität überhaupt, sei es der Verkümmern der gesunden, nationalen Instinkte und der moralischen Kräfte, sei es der Lockerung der sittlichen Anschauungen unter der Auswanderermasse und nach deren Rückkehr in den unter ihrem Einfluß sich befindenden Kreisen.

Alle diese erschreckenden Schäden kann man auch hier, woher ich schreibe, ziemlich deutlich wahrnehmen: Es gibt Duzende, wenn nicht Hunderte solcher, die ihre Muttersprache nicht mehr beherrschen, obwohl sie noch nicht völlig das Gefühl der Zusammengehörigkeit verloren haben und hin und wieder an polnischen Um-zügen und Vergnügungen teilnehmen. Diejenigen, deren Nationalität völlig ausgeblüht ist, lasse ich als völlig Verlorene außer acht. Es gibt Duzende, die ein polnisch-deutsches Mischmaß, eine Art Esperanto sprechen, Duzende, die deutsche Frauen nehmen und langsam aber sicher ihre Nationalität verlieren, Duzende, die durch die den Bedürfnissen und Bestrebungen der Nation entgegengesetzte Anschauungen angesteckt werden und größtenteils in den fremden „Verbänden“ untergehen. Die Allgemeinheit verhält sich passiv und die Intelligenz, die man übrigens nachsichtig beurteilen muß, besitzt ein geradezu philosophisches Verständnis für diese „All-täglichkeiten“. Ein solcher Charakter der Gesamtheit offenbart sich grell im Leben hiesiger Vereine. Es war einmal eine polnische Seele, die Sehnsucht hatte nach einem Zusammenschluß der hier angeheftenen Landsleute, und es entstand ein polnischer Verein, sicherlich mit dem bescheidenen Ziel der Unterhaltung und des Vergnügens. Heute haben wir — ausschließ-lich der studentischen — über ein halbes Duzend Vereine. Es würde nun mancher denken, daß das keine alltäg-liche Spannkraft sei, daß hier in der Fremde inmitten der drohenden Anschläge und Verrätereien der Selbst-erhaltungstrieb selbst alle Kräfte und jegliche Intelligenz zusammenschließt! Er würde denken, daß die Mit-

gliederzahl mindestens die Hälfte der hier angeheftenen Polen überhaupt betrage! Träumer! was wirst Du sagen, wenn ich es Dir verrate, daß alle diese Vereine kaum den zwanzigsten Teil aller hier lebenden Polen vereinigen! Die überwiegende Mehrzahl — elf und ein halbes Tausend — irren einzeln herum. Wie ist denn das möglich? Hier in der Fremde, wo jeder doch seine Verlassenheit fühlen und wo jedes Vereins-mitglied Agitator sein müßte? Und auch dieses, daß die große Masse der Auswanderer die Notwendigkeit der Verbindung und Vereinigung angesichts der feind-lichen Elemente nicht anerkennt und auch die Tatsache, daß die Vereine so wenig Begeisterung und Energie aufweisen, illustriert hinreichend den Charakter des hiesigen nationalen Lebens.

Der Gedanke an die hiesigen Vereine drängt mich dazu, einige Worte über unsere neue Krankheit der Gründung zahlloser Vereine zu schreiben. Irgend eine kleine Meinungsverschiedenheit, irgend eine beleidigte oder auch oft nicht beleidigte Ambition, irgend ein momentaner Einfall gelten als hinreichender Tauschein der neuen Organisation. Wenn schon im Vaterlande eine solche Zersplitterung der Kräfte nur Schaden bringen kann, um wieviel gefährlicher ist sie in der Fremde! In einem solchen Falle verfehlen die Vereine ihr Ziel und verlieren sozusagen die Daseinsberechtigung: denn statt zu vereinigen und zu organisieren, teilen sie nur das Organisieren und rufen oftmals Streitigkeiten unter den Vereinen und Personen hervor.

Verhältnismäßig am besten prosperieren die beiden Vereine der polnisch-katolischen Arbeiter. Trotz derselben Intention, derselben Parole, demnach zwei! Das Fehlen der Zucht und der nationalen Pflicht haben es auch hier zuwege gebracht, daß die Minderheit durch die abweisende Meinung der Mehrheit beleidigt eine Sezession veranstaltete und — auch einen neuen Verein gründete. Durch Zufall ist es geschehen, daß beide Vereine kürzlich das Fest der Fahnenweihe begingen. Ich will die wichtigsten Vorfälle aus den beiden Tagen beschreiben, um dem Leser ein Beispiel zu geben, wie man in der Fremde Festlichkeiten veranstaltet, und weil ich glaube, daß sie auch aus andern Gründen die Aufmerksamkeit der weiteren Kreise verdienen.

Am 28. Mai fand die Fahnenweihe des ursprüng-lichen Vereins, welcher den Namen Kasimirverein führt, statt. Es erschienen mehrere Delegierte aus der näheren und weiteren Umgegend mit ihren Fahnen. Man wünschte einen Umzug mit Fahnen und Musik von der Kirche bis zum Lokal, doch die Polizei hat dieses untersagt, weil sie Zusammenstöße mit der Orts-bevölkerung, die mit den Bestrebungen eines solchen Vereins nicht solidarisiert, befürchtete. Man wünschte eine polnische Predigt, doch auch dieses ist verboten worden. Im Saale dagegen sprachen die Delegierten polnisch, sie redeten polnisch von den Schmerzen und Hoffnungen, man deklamierte polnisch, sang polnisch, spielte ein Theaterstück ebenfalls polnisch und beschloß den Tag mit einem lustigen Tanz. Das war also ein polnischer Tag, und zwar ein gänzlich polnischer. Sagt nicht, daß das sich von selbst versteht, daß in einem polnischen Verein polnisch geredet wird. Heut-zutage versteht sich bei uns nichts mehr von selbst.

Eine Woche später veranstaltete dieselbe Feier der Sezessionsverein, der den Namen Stanislaus-verein führt. Auch hier einige Delegierte mit Fahnen. Es gab eine Fahnenpredigt, einen Um-zug mit Fahnen und Musik und keine Zusammen-stöße mit der Ortsbevölkerung. Zuletzt die Feier im Saal: polnische und deutsche Fahnen auf auf der Estrade inmitten von Grün die überlebensgroße Büste des Königs von Sachsen, etwas hinter ihr das magere Büstchen des Papstes, eine Bismarckbüste habe

ich jedoch nicht gesehen. Unser ehrwürdiger Seelsorger, dessen Schutz man das polnische Volk anvertraute, unser Landsmann, Geistlicher an der Dreifaltigkeitskirche, begrüßte die Versammelten in zwei Sprachen: polnisch und deutsch. Und als die sogar aus Halle und Berlin angekommenen Delegierten sprechen wollten, stand unser Geistlicher-Landsmann, welcher in einem grüneschmückten Sessel sitzend die Versammlung gnädig leitete, auf und bestimmte die Rededauer auf drei Minuten. Ein Delegierter nach dem andern klagten nun laut, daß man ihnen den Mund vernagelt habe, damit sie nicht die Schmerzen und Wünsche, welche sie aus der Ferne mitgebracht hätten, aussprechen könnten. Der geistliche Leiter unterbrach jeden Redner mit der Uhr in der Hand — und klatschte jedem Beifall.

Nun bestieg ein neuer Mann die Estrade: „Gelobt sei Jesus Christus!“ — Eine Unruhe entstand im Saale, irgendwo hat man die Tür zugeschlagen. Da ertönte die starke und vielleicht etwas zu entschiedene Stimme des Vorsitzenden. Diese Deutschen sind auch Katholiken, auch wir sind Katholiken, sie können nicht dafür, daß sie Deutsche sind, und wir nicht, daß wir Polen sind! Die Kirche vereinigt uns. übrigen verlangt es die Höflichkeit, daß man sich anders beträgt, und wer anderer Meinung ist, der möge den Saal verlassen! — Unser Geistlicher-Landsmann sagte jedoch nicht, daß diese Deutschen Deutsch-Katholiken sind, und wir gerade polnische Katholiken, er sagte nicht, wer und wozu man überhaupt die Deutschen eingeladen hat, wenn die Festlichkeit eine polnische sein sollte, wer und wozu man eine solche Dekoration des Saales und der Bühne veranstaltet hat, da sie doch nur den Gefühlen des Dekorateurs und den der anwesenden Deutschen vollständig entsprechen konnte. Wer dagegen von der Höflichkeit sprach, der mußte es wissen, daß die Gefühle und die nationalen Rechte über der Politik und der Höflichkeit stehen. — Doch der untergebene Stanislausverein spendete Beifall. Dann hat man auch jeden deutschen Delegierten mit rauschendem Beifall begrüßt. Und unser Landsmann, Geistlicher Stan. Witkowski, bleibt auch weiterhin Patron und eigentlicher Leiter des Stanislausvereins!

Die Beschreibung jener Festlichkeiten charakterisiert sicherlich (obwohl an einem Beispiel) den idealen Wirrwarr, in welchem sich unsere Auswanderer in Leipzig und anderswo befinden. Diese Leute, welche aus materiellen Rücksichten und aus Unkenntnis der Welt an ein zielloses Wandern gewöhnt sind, gehen auch auf dem idealen Gebiete oft dieselben Wege. Und wenn gesunde Ideen, moralische und nationale Instinkte und Tendenzen ein ungleich höherer Schatz sind als die gemachten Ersparnisse, der muß um die Gesundheit der Nation, deren größter Teil ständig auf Irrwegen taumelt, zittern.

B. B. . . cz

Aus Nr. 140 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 22. Juni 1911:

Die deutsche Ausstellung in Posen macht sich nicht bezahlt.

Um die im Westen wohnenden Deutschen für die Ausstellung zu interessieren, wollte man am 20. Juni einen Sonderzug ablassen, der von Köln über Düsseldorf, Essen, Bochum, Hamm und Berlin direkt nach Posen gehen sollte.

In dieser Angelegenheit teilt jetzt die Eisenbahndirektion in Elberfeld mit, daß dieser Sonderzug nicht abgelaufen wird, weil sich zu wenig Teilnehmer gemeldet haben.

Also eine Pleite in jeder Hinsicht.

Die Deutschen unterstützen ihre Ausstellung auf polnischer Erde nur sehr mäßig.

Aus Nr. 75 der Osa (Herne-Horsthausen)

vom 24. Juni 1911:

Heil dem Viede.

In diesem Artikel heißt es u. a.:

Wenn ich imstande wäre, das eigene Feuer
In die Brust der Hörer zu gießen und die Gestalten
Der verstorbenen Vergangenheit wiederzubeleben; wenn
ich es verstehen würde,
Mit klingenden Worten die Herzen der Mitbrüder zu
treffen;

Vielleicht würden sie noch in diesem einen Augenblick,
In welchem sie das vaterländische Liedchen rührt,
In sich das frühere Schlagen des Herzens empfinden,
In sich die frühere Größe der Seele empfinden,
Und einen Augenblick so erhaben durchleben,
Wie ihre Vorfahren einst ihr ganzes Leben.

Mickiewicz = Wallenrod.

Wenn unser polnisches Lied uns ins Ohr klingt,
dann scheint es uns, daß das Herz, daß unsere
polnische Seele singt. Wir kennen vielleicht nicht die
Melodie, die Noten sind uns fremd, aber wir empfinden,
daß es unser Lied, ein polnisches, also ein geliebtes ist.
Hei, ihr unsere, ihr polnischen Lieder!

Ihr seid nicht dem Verstand, sondern dem Herzen
entsprungen, nicht der Berechnung, sondern dem Gefühl!
Es sangen unsere Scharen, die unbeflegten, als sie bei
Grunewald einen Kampf auf Leben und Tod beginnen
mußten, es sangen unsere bewaffneten Reihen, als sie
ohne Aussicht auf Sieg in den Kampf zogen, es sang
die Blüte der Ritterschaft, wenn Begeisterung die Seele
dehnte, wenn sie siegen mußte; sie fragte nicht, wie
viele Feinde einer bekämpfen mußte, sondern wie viele
zu bekämpfen er das Glück haben würde.

Und es blühte unser strahlendes Polen, solange
das Lied es belebte, solange es zur Seele sprach,
solange es in der mutigen polnischen Brust Begeisterung
und Aufopferung anzufachen verstand, solange im
Namen dieser Gottesgebärdin, dieser Königin der
polnischen Krone, unsere Heerscharen ihr Blut vergießen
gingen. Und erst als Schelmenlieder, beim Klange
der Gläser erklingende Lieder, Lieder der Ausschweifung
und Zügellosigkeit, die mit dem Namen Gottes auf
den Lippen begonnenen Lieder ersetzten, begann jener
Verfall unseres Vaterlandes, unseres Polens. Vergiftet
damals durch fremde Eigentümlichkeiten, durch fremdes
Beispiel, verstand es das polnische Lied nicht, gen
Himmel zu steigen, Begeisterung anzufachen, Opfer-
willigkeit zu erwecken, zur Aufopferung für das Land,
das Wohl, das Schöne, die Zukunft, die Zukunft
unseres Polens aufzufordern.

Aber es ist nicht gestorben! Es hat bereits
begonnen, aufs neue zur Welt zu kommen, inmitten
der zügellosen Leidenschaften, inmitten der Pflichtver-
gessenheit gegenüber unserm Lande. Es drückte sich
wie eine Waise an die Leute, die fern vom Getümmel
der großen Welt leben, hinter die Wände, es lebte in
den ärmlichen polnischen Gehöften und von dort zog
es wieder hinaus, geschmückt mit königlichen Kleinodien.
Von seinem Zauber fortgerissen, stürmt davon die polnische
Jugend, sowie alle jene, die aus den Zeiten der Ver-
derbnis ein unverdorbenes Herz haben mitbringen
können, es stehen zur Verteidigung des Landes die wackern
aber unglücklichen, einfachen Menschen auf, schon klingt
es aufs neue auf den von Sensen versilberten Gefilden
von Raclawice, schon klagt es über die Sklaverei des
letzten — „Piasten“ — Kosziuszko. Und als sich
das Land mit einem Trauersor bedeckte, als die
Übermacht der Feinde auf den Gefilden triumphierte,
die durch Galgen des Unrechts gekennzeichnet waren,
das von den Salven der russischen Söldner widerhallte,
von Salven, die den Tod der besten Söhne Polens

bedeuteten, da kam das Lied unverfehrt davon. Es kam davon! Es verließ das Land, um auf fremder Erde aufs neue zur Welt zu kommen, unter italienischem Himmel, und nun von dort aus unter den heimatischen Himmel zurückzukehren, geleitet von den Adlern Napoleons in das Heimatland, um dort gewaltig zu ertönen, und den Glauben und die Kraft zu erwecken an das, „das nicht verloren ist“. (Anspielung auf das Legionenlied „Noch ist Polen nicht verloren“.) — Anm. d. Red. des Ges. überbl. —) Und das Land raffte sich auf und trat in den Kampf und schlug sich. Und diese unsere auf italienischer Erde geborene Lerche sollte seitdem nicht mehr von dir schweigen, „das nicht verloren ist“.

Diese Lerche hat, wenn auch häufig aus weiter Fremde, den Glauben an die eigenen Kräfte, die Liebe zum Heimatlande, die Aufopferung für Polen, die Opferwilligkeit für seine Bedürfnisse gestärkt. Und wenn wir auch noch manchmal unter der Fuchtel der Übermacht fallen mußten, das Lied ging unverfehrt davon.

Und es wuchs unter den Gräbern der Verteidiger der Freiheit, der Helden Polens zu einem himmelstürmenden Lied, zu einem Siegerlied, zu einem Triumphlied heran.

Am Geist nicht gebrochen, hören wir bis jetzt trotz der schwersten Ereignisse und Schmerzen dieser Lerche zu, die vor über 100 Jahren auf italienischer Erde zum ersten Male von dir gesungen hat,

„Das nicht verloren ist.“

„Und ganz Polen ist nicht verloren,

So lange noch ein polnischer Laut in der Brust ist.“

Zum Fest dieses polnischen Liedes versammeln wir uns wieder am Sonntag. Hei, es wird in uns die nicht gehörten aber wiederempfundnen Klänge des Eisens aus der Vergangenheit erwecken! Wir werden unsere Gedanken rückwärts lenken, als die „Gottesgebärerin-Jungfrau“ unsere Vorfahren in den Kampf für „Glauben und Vaterland“ führte, es wird als Gebet unserer Seelen klingen, die in Demut und Geduld stehen:

„Das Vaterland wolle uns wieder-
geben, o Herr!“

Es wird sich am Sonntag die Schar unserer wackeren Sänger versammeln, um Ausdruck zu geben, daß

„das nicht verloren ist“,

was lebt und in unsern Herzen leben wird. Es wird sich die wackere Sängerschar versammeln, um uns durch das polnische Lied zu stärken.

Sei uns in der Fremde begrüßt, du polnisches Lied, du Bindeglied zwischen den früheren und den neuen Zeiten. Klinge uns laut in den Herzen und Seelen, erwecke in uns Begeisterung und Aufopferung, damit wir unsere Nationalität bewahren

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 25 der Polnische Post (Wien)
vom 21. Juni 1911:

Posener Briefe.

Posen, im Juni 1911.

In unserer innerpolitischen Entwicklung wird durch mehrere grundsätzliche, von hiesigen einflussreichen politischen Kreisen inspirierte Artikel im Warschauer Slowo eine neue Etappe signalisiert. Es handelt sich um die Konsolidierung und parteipolitische Organisation unserer Konservativen, die in dem sogenannten „Bürgerlichen Kasino“ (Kasyno Obywatelskie) ihre Zentralstelle haben.

Dieses Kasino hatte bisher den Charakter eines mehr gesellschaftlichen Klubs, in dem von Zeit zu Zeit auch politische Fragen diskutiert wurden. Nunmehr wird das Kasino, wenn auch nicht formell, zu einer politischen Partei proklamiert, so doch als eminent politische Organisation öffentlich anerkannt. Die Konservativen haben sich dadurch eine Organisationsbasis geschaffen, die früher oder später sich zu einer offiziellen konservativen Partei zweifellos entwickeln wird.

Diese Entwicklung ist als eine organische und rationelle Weiterbildung unserer politischen Verhältnisse mit Genugtuung zu begrüßen. Es war vorauszu sehen, daß die vor ein paar Jahren erfolgte Organisation der demokratischen Linken in der „Nationaldemokratischen Gesellschaft“ eine analoge Gruppierung auf der Rechten nach sich ziehen würde. Zwischen diesen beiden organisierten Gruppen mußte sich der politische Fortschritt bei uns vollziehen. Verzögert wurde diese gesunde und den Interessen der Nation entsprechende Entwicklung durch Gründung des Nationalverbandes (Związek narodowy), welcher ziemlich gedankenlos die Parole der Parteilosigkeit auf seine Fahne schrieb und gegen jede Parteibildung ankämpfte. Das war eine Verschleierung jedes gesunden politischen Gedankenganges, welche zu Kannegießerei und Phrasentum führen mußte.

Demgegenüber bedeutet die offene Befennung des konservativen Prinzips durch das Kasino eine unzweifelhafte Aufklärung unserer politischen Evolution. Die Männer, die sich im Kasino gruppieren — an ihrer Spitze der intelligente und rührige Abgeordnete v. Morawski — geben die Gewähr, daß sie bei aller Schärfe der Vertretung ihrer Interessen, doch sachliche, von nationalen Gesichtspunkten geleitete Politik treiben werden. Zwischen der nationaldemokratischen Linken und der jetzt organisierten Rechten wird es ganz gewiß öfter zu vielleicht erbitterten Kämpfen kommen, aber nach den vorhandenen Dispositionen auf beiden Seiten zu urteilen, kann man hoffen, daß bei wichtigen An gelegenheiten, besonders dem äußeren Feinde gegenüber, eine Verständigung zum gemeinsamen Handeln erzielt wird. Manches spricht dafür, daß schon bei den nächsten Reichstagswahlen beide Parteien ein Kompromiß abschließen werden, was natürlich im Interesse des Gesamtwohles der Nation dringend zu wünschen wäre.

Ein akuter Gegensatz zwischen den beiden politischen Organisationen könnte allerdings entstehen, wenn die Konservativen eine Verständigung mit der Regierung um jeden Preis, eine Neuauflage der alten „Sojpolitik“ versuchen würden. Aber davon ist zurzeit unter den obwaltenden Verhältnissen eine Rede. Das „Nunquam retrorsum!“ des Reichskanzlers klingt noch allen allzufrisch in den Ohren.

Auch sonst weisen alle Merkmale mehr auf eine Vergrößerung, denn auf eine Verminderung der nationalen Klust bei uns. Die „Ostdeutsche Ausstellung“ ist ein sichtbares Wahrzeichen der nationalen Un duldsamkeit auf Seite der Deutschen. Man verweigerte jede Gleichberechtigung den Polen, gab der ganzen Ausstellung ein hafatistisches Gepräge und beklagt sich nun, daß die Polen die Ausstellung boykottieren. Dieser Boykott war die einzige mögliche Antwort seitens der Polen, und daß er im vollen Maße gelang, ist ein Beweis unseres nationalen Selbstgefühls und unserer nationalen Disziplin.

Die Deutschen selbst haben das Fiasko der Aus stellung, das immer deutlicher zutage tritt, verschuldet. Und überall hört man von den deutschen Ausstellern und Unternehmern der verschiedensten Art bittere Klagen über die Borniertheit der Hafatisten, die durch ihre gewissenlose Heze glücklich die Ausstellung dem Bankrott nahe gebracht haben. Die Polen aber können

mit Befriedigung feststellen, den Beweis geliefert zu haben, daß ohne sie in polnischen Landen jedes derartige Unternehmen von vornherein dem Mißerfolg verfallen ist.

Ist das etwa eine Kursänderung?

Posen, im Juni.

In Posen bestanden bis vor wenigen Jahren drei von Polinnen geleitete „Höhere Töchterschulen“, die Pensionen Danyšz, Warnka und Eſtkowſka. Alle diese Anstalten wurden sach- und fachgemäß geleitet, hatten aber seit langem unter der Mißgunst der vorgesetzten Behörden zu leiden. Da man sich aber nichts zu schulden kommen ließ, so lag ein Grund zur Schließung nicht vor. Da endlich wurde in Erfahrung gebracht, daß bei Eſtkowſka polnischer Geschichtsunterricht getrieben wurde. Das war für die Posener Kultusbehörden ein ausreichender Grund, das Töchterpensionat Eſtkowſka zu schließen. Es scheint ein Staatsverbrechen zu sein, wenn polnische Mädchen ihre Landesgeschichte lernen.

So verblieben nur noch zwei polnische höhere Lehrinstitute. Vor einigen Jahren starb die Anstaltsleiterin, Fräulein Danyšz; der lebenden Mitinhaberin, einer Schwester der Verstorbenen, wurde eine Gnadenfrist gewährt und dann wurde die Anstalt geschlossen, trotzdem sich staatlich geprüfte höhere Lehrkräfte meldeten, um die Anstalt weiterzuführen. Die Anstalt wurde geschlossen, trotzdem ihr Bestehen eine dringende Notwendigkeit war, da die polnische Bevölkerung von Jahr zu Jahr wächst.

So blieb denn auf eine Bevölkerungszahl von ca. 100 000 Polen gegen ca. 60 000 Deutschen nur noch eine einzige von einer Polin geleitete höhere Töchterschule. Im übrigen sei hinzugefügt, um Irrtümer zu vermeiden, daß die Unterrichtssprache an allen drei Anstalten die deutsche war. So verblieb nur noch das Warnkafche Institut. Es waren Ausſichten, daß das hiesige Kultusamt der schon hoch betagten Anstaltsleiterin erlauben würde, ihr Institut an qualifizierte polnische Damen abzutreten oder wenigstens mit der Schließung der Anstalt bis zum Tode der Leiterin zu warten, die allerdings trotz ihres hohen Alters noch sehr rüstig ist. Das wäre feinfühlig. Denn das muß jeder zugeben, daß die Schließung der Anstalt ein herber Schlag für die Leiterin sein wird, sie hochgradig erregen und tief betrüben muß. Aber so feinfühlig ist man nicht, man hat für so etwas kein Verständnis.

Wird der Beschluß ausgeführt, so verliert das polnische Posen sein letztes von einer Polin geleitetes Mädcheninstitut.

Wenn man derartige Verordnungen erläßt, da kann doch von einem Kurswechsel nicht die Rede sein.

K. R.

Aus Nr. 114 des „Deutschen Volksblattes für Galizien“ (Lemberg)

vom 23. Juni 1911:

Zur Wahlwerbung.

Beckersdorf.

Ein Schulbeispiel für die allpolnische Werbearbeit des polnischen katholischen Klerus ist folgender Fall. Lange Zeit hat sich der polnische Pfarrer in Podhajce nicht um die deutsche Gemeinde Beckersdorf, welche zu seiner Pfarre gehört, gekümmert. Das letztemal ist er sogar, als er nach Beckersdorf kam und die Kirchentür noch versperrt war, deshalb ohne einen Gottesdienst

schwurstrafs wieder nach Hause gefahren. Aber als die Wahlen vorbereitet wurden, da kam der polnische Administrator Reſch „süß und fromm“ nach Beckersdorf, hielt eine Predigt in der Kirche und forderte dabei die Anwesenden auf, nach dem Gottesdienst sich im Schulsaal versammeln zu wollen, er habe mit ihnen etwas zu sprechen. Die ganze Gemeinde versammelte sich nach der „Kirche“ im Schulsaal und hier hielt nun der Allpole und Deutschenhasser im Priesterkleide eine Werberede für den allpolnischen Reichsratswahlwerber, der noch nie etwas für die Deutschen getan hat, sondern selbe nur entrechten und unterdrücken hilft. Aber erst als Seelsorger vor dem Altar und auf der Kanzel und dann in derselben Kleidung und Person im Saale der öffentlichen Schule für den Allpolen werben und reden, das wirkte bei den religiösen deutschen Leuten in Beckersdorf, auf diese Weise kann man sie irreführen, so daß sie tatsächlich für ihren politischen und völkischen Gegner eintreten, anstatt für den Freund, den Jungbruthenen. Das Traurige bei der Sache ist, daß sich zur Anhörung der deutschfeindlichen, irreführenden Werberede des allpolnischen Pfarrers die ganze Gemeinde versammelte, während zu wirklich nützlichen Versammlungen, wie zur Gründung einer Raiffeisenkasse, eines „Deutschen Hauses“ usw., wo deutsche Freunde zum Wohle der Gemeinde sprechen und werben, man die Deutschen bei den Haaren herbeiziehen muß, damit sich ein Duzend Männer versammeln. Beckersdorf, wann wird endlich auch in dir Licht an Stelle der noch herrschenden Finsternis treten?!

Aus Nr. 114 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Bromberg)
vom 23. Juni 1911:

Polnische Wahlen.

Die polnischen Wahlen sind seit lange in der ganzen Welt berüchtigt, und man sollte sich nicht allzusehr darüber entrüsten, wenn sie den Weltruf, den sie genießen, in jedem einzelnen Falle aufs neue vermehren. Allein man hatte doch gehofft, daß in unserer aufgeklärten demokratischen Zeit, nachdem endlich einmal das gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt ist, nachdem wir in den Zeitungen und Parlamentsreden so viel Phrasen von den Rechten des Volkes und dem Willen des Volkes und dem zunehmenden Pflichtbewußtsein der politisch reif werdenden Bevölkerung gehört hatten — man hätte meinen sollen, daß nachdem allem dem sich doch wenigstens bei den jetzigen Wahlen ein kleiner Fortschritt in bezug auf die Moral gezeigt hätte. Aber nichts von alledem! Es ist schamloser, gemeiner, nichtswürdiger bei den diesmaligen Wahlen zugegangen, als je zuvor. Denn in früheren Zeiten, wo noch kein allgemeines Wahlrecht bestand, waren zwar auch Bestechung, Druck von oben, Drohung und Schrecken gewöhnliche Mittel. Da aber die breiten Völkermassen damals noch nicht in Betracht kamen, so trat auch das Verwerfliche dieser ganzen Wahlmacherei doch nicht so zu Tage, es konnte der entsittlichende Einfluß dieses ganzen Systems noch nicht so zu Tage treten wie heute, wo unter der Maske einer Volkswahl nur die Schreckensherrschaft der Korruption ihre Triumpfe feiert.

Vielleicht klingen manchen diese Ausdrücke zu scharf, zu übertrieben. Vielleicht denkt mancher Leser: Das sind die Stoßseufzer eines Deutschgaliziers, mit denen er seinem Ärger darüber Luft macht, daß die Deutschen Galiziens bei der Reichsratswahl eigentlich hilf- und rechtlos dastehen. Allein das wäre eine falsche Auffassung. Die Empörung über die Wahlmißbräuche

in Galizien ist, abgesehen von den Regierungsparteien, eine ganz allgemeine. In allen Kreisen der Bevölkerung unseres Landes und zwar nicht etwa nur bei Sozialisten, Zionisten und Ruthenen, sondern auch bei den Polen selbst. Was in Drohobycz geschehen ist, von wo der Judepole Loewenstein über 30 Leichen hinweg als „Erwählter“ ins Reichsparlament einziehen wird was in Sambor, Sokal, Stanislaw unter den Augen der Behörden von Wahlerpressungen und Vergewaltigungen vorgekommen ist, das schreit zum Himmel! Wir können uns nicht versagen hier anzuführen, was das *Słowo Polskie*, das Organ des Eisenbahnministers Dr. Glombinski und der allpolnischen Partei über die Wahl in Tarnobrzeg berichtet:

„Wir sind Zeugen eines einfach unerhörten Skandals gewesen. Herr Kosner, ein hier völlig unbekannter Mensch, welcher nicht die geringste Popularität besitzt, welcher bei seinem Auftreten in Versammlungen überhaupt kein Gehör bei den Wählern fand, überall ausgepfiffen wurde wo er überhaupt zu Wort kam, welcher sich keinerlei Sympathie erworben hat und dem überall feierlichst versichert wurde, daß die Wähler ihm ihre Stimme nicht geben werden: — dieser Mann wurde in allen Städten des 23. Wahlbezirks mit Ausnahme von Leжайsk fast einstimmig zum Abgeordneten gewählt.

Diese völlig unverständliche Tatsache wird nur für den verständlich, welcher die Rechtsverletzungen mit Augen angesehen hat, durch welche die Wahl des Herrn Kosner durchgeführt wurde. Diese Wahl ist einfach ein frecher Schlag, welcher der Bevölkerung von der Regierung ins Gesicht gegeben worden ist, eine Vergewaltigung aller Gesetze, eine Verpötlung der bürgerlichen und politischen Rechte.

Was die Geheimheit der Wahlen betraf so beruhete sie bei uns darin, daß erstlich jegliche Kontrolle über die Tätigkeit der Kommission ausgeschlossen wurde, da man keinen einzigen von der Partei der Gegenkandidaten zu derselben zuließ und die Bezirkshauptmannschaften einfach die Intervention der Vertrauensmänner abschlugen. Infolgedessen spielten sich im Wahllokal unerhörte Mißbräuche ab, welche nur die Fortsetzung anderer Mißbräuche waren, die draußen auf der Straße an der Bevölkerung vor dem Wahllokal verübt wurden.

Sofort nach der Ausgabe der Stimmzettel, welche nicht ganz zwölf Stunden vor der Wahl (am 12. Juni abends) erfolgte, wurden sämtliche Wähler in einige Häuser gerufen und zwar nach den Konfessionen gesondert. Dort wurden ihnen die Stimmzettel bezahlt und die bezahlten Zettel und Wahllegitimationen abgenommen, um ihnen dann erst wieder behändigt zu werden, wenn sie zum Wahllokal abgestellt werden sollten.

Auf diese Weise ließen sich jedoch nicht alle verkaufen. Ein sehr beträchtlicher Teil schämte sich eines solchen Judaslohns. Aber auch diese ereilte ihr Schicksal; und zwar noch in sehr empfindlicher Form am Wahltag und unmittelbar vor dem Wahllokal.

Methoden fand man da verschiedene: Drohung, Bitten, wiederum Geld, welches hier ein Bevollmächtigter des Herrn Kosner zugleich samt einem mit seinem Namen versehenen Stimmzettel austeilte. Wehe den Widerstehenden, welche bei ihrem Stimmzettel verharren und ihn mit dem anfänglich darauf geschriebenen Namen abgeben wollten! Für jeden findet sich irgend ein Mittel ihn zu bestrafen. Soll man sich nicht lieber von so einleuchtenden Argumenten überzeugen lassen und statt sich Feinde zu machen, lieber durch Gefügigkeit die bisherige Duldung der Behörden zu gewinnen suchen?

Es fanden sich jedoch viele, welche sich trotz allem nicht überreden ließen, auch nicht nach Geld gierig waren sondern in hartnäckigem Trotz in das Wahllokal mit ihrem eigenen Stimmzettel gingen. Dort sahen sie

aber erst, daß sie schlecht getan hatten, denn hier warteten auf sie diejenigen, welche nun leiglich das sogenannte geheime Wahlrecht mit Füßen zertraten: denn hier regierten die kleinstädtischen Henkersknechte, an ihrer Spitze ein Kommissar in Uniform, keine einzige befreundete Seele erblickte man im Saal. Diese Henkersknechte verlangten schon gleich an der Tür des Saales Vorzeigung des Stimmzettels. Und was blieb da übrig als sich dem Willen dieser Allgewaltigen schnell unterzuordnen, den eigenen Stimmzettel rasch zu verstecken und den hingehaltenen neuen Zettel mit dem Namen Kosners gehorjam in Empfang zu nehmen! Endlich kam noch die letzte Kontrolle von Seiten des Vorsitzenden der Kommission, welcher mit größter Seelenruhe die Stimmzettel, bevor er sie in die Urne hinein warf, durchsah.

Die Kunde von dem was im Wahllokal vorgeht, drang natürlich bald auf die Straße und machte dort großen Eindruck. Unter solchen Umständen wagte schon niemand mehr mit einer Karte, auf der nicht Kosner stand, überhaupt hinein zu gehen. Man lief daher zu jenem Herrn, welcher ständig auf der Straße amtierte, nahm 20 Kronen und einen Stimmzettel in Empfang und ging dann abstimmen, geleitet von den Gereuen des Herrn Kosner, welcher aufpaßten, daß niemand etwa noch auf dem Stimmzettel eine Änderung vornahm, oder etwa entwichte, um nochmals 20 Kronen zu erhalten, was einigen besonders Vertriebenen trotzdem einigemal gelang.

Es ist natürlich nicht zu verwundern, daß bei einer solchen sorgfältig durchgeführten Destillation kaum noch ein Stimmzettel in seiner ursprünglichen Fassung in die Urne gelangte, und wo ist die Sicherheit, daß angesichts solchen Vorgehens die in die Urne abgegebenen Stimmen nicht auch noch nachträglich verbessert wurden?

So schreibt ein polnisch-patriotisches Blatt über die polnischen Wahlen in Galizien in einem *polnischen Wahlkreis Westgaliziens*! Wenn es nun so schon in den rein polnischen Wahlkreisen zugegangen ist, wie mag es erst in Ostgalizien in den ruthenischen Wahlkreisen und in den Orten, wo große jüdische Wählermassen den polnischen Kandidaten gegenüberstanden, zugegangen sein? Unerhörte Wahlstafandale sind hier vorgekommen. Mit welchen Lügen, Verleumdungen, Bestechungen und Schwindeleien da gearbeitet worden ist, das spottet jeder Beschreibung. Und in dieser Luft muß auch unser armes deutsch-galizisches Volk atmen und leben! Will man sich wundern, daß gar mancher arme, schwache, abhängige Deutsche in dieser allgemeinen Korruption auch erliegt, sich auch kaufen läßt oder der Drohung sich beugt?

Aber sollte es nicht höchste Zeit sein, daß sich einmal alle Galizier, Polen, Ruthenen, Juden und Deutsche, alle, die noch überhaupt einen Glauben an Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde haben, vereinigen, um einen flammenden Protest gegen dieses System der Volksverderbung und Volksvergiftung zu erheben? Sollte nicht ein einziger lauter Schrei der Entrüstung, ein gellender Notschrei nach Erlösung von diesen entsetzlichen Zuständen das ganze Land durchklingen, um doch endlich zu den Ohren derer zu dringen, die in erster Linie dazu berufen sind für Ordnung und Recht einzutreten? Muß nicht ein tiefes Weh das Herz jedes braven Österreicher durchziehen, wenn er unser braves schwarz-gelbes Militär gegen diese Orgien der Vergewaltigung aufmarschieren und die Wahllokale, in denen solche Wahlen vorgehen, bewachen sieht?

So wie diesmal ist es noch nie zugegangen. Und darum kann es auch nicht mehr lange so bleiben. Die Wahlen der Sozialisten in Krakau und Lemberg sind die ersten drohenden Anzeichen einer kommenden großen Abrechnung.

